

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

216 (7.8.1921) Erstes bis Drittes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Verlagspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geleitet monatlich 6.— M.,
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.50 M.,
auswärts durch unsere
Konturen bezogen 6.— M.,
monatlich durch den Brief-
träger frei ins Haus gebracht
monatlich 6.— M., viertel-
jährlich 18.— M.

**Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Nitzscheplatz 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die 9. u. 10. Spaltenzeile
oder deren Raum a) kostet
1.40 M. b) answärts 1.60 M.
Reklameweise 6.— M., an
erster Stelle 5.50 M.,
sonst nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
keine Anzeigen später als
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 208,
Berlin Nr. 21 u. 207.
Schriftleitung 20 u. 204,
Schriftführer Nr. 19.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Ehrhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Fritz Ehrhardt; für das Feuilleton: Hermann Heid; für die „Pyramide“ Karl Fob; für die „Morgenpost“: Hermann Heid. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. Verleger: Fritz Ehrhardt, Nitzscheplatz 1, Karlsruhe. Telefon: Zentrum 243. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 216.

Sonntag, den 7. August 1921

Erstes Blatt.

Aus der deutschen Gegenliste.

Cavaillé, Adjutant von Inf.-Regt. 134 in der Kaiserlichen Geste, schlug die Kriegsgefangenen gewohnheitsmäßig mit der Faust oder mit der Keule ins Gesicht, wenn sie nachts ausstreuen wollten und sperrte sie, nur mit dem Semd bekleidet, in eine mit Wasser überdeckte Wanne ein, wo sie bis zum andern Morgen verbleiben mußten.

Chapuis, Korporal beim Detachement Balaban, mißhandelte und verprügelte die Kriegsgefangenen gewohnheitsmäßig u. a. schlug er mit dem Revolver dem Musikleiter Wehrmann vom Inf.-Regt. 31 eine Zahnpflocke aus.

Chapuis, Regionalkommandant in Bostia, beschimpfte Kriegsgefangene Offiziere mit dem Worte „gamins“.

Offprobleme.

Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß die Hungerkatastrophe in Rußland den Beginn einer allgemeinen Verschärfung des politischen Brennpunktes in Europa bedeutet. Wenn die oberste Frage entschieden sein wird und das Verhältnis zwischen Deutschland und den Entente-Mächten sich stabilisiert hat, werden die Vorgänge, die im Osten Europas im Entstehen begriffen sind, in vollem Fluß sein: Ost ist schon der Sowjetregierung der Untergang gewissagt worden, und immer wieder hat sie im Meer der Gefahren das rettende Floß gefunden. Aber diesmal haben sich den Ostländern, den Kadetten und Menschengewissen die Elemente verbunden, die mit unheimlicher Kraft an den schwachen Säulen der Sowjetmacht rütteln. Nichts ist für die außerordentlich schwierige Lage, in die die Moskauer Regierung durch die Hungersnot geraten ist, bezeichnender als der jüngste Ausbruch der bolschewistischen „Pravda“, wenn die Sowjetregierung jetzt gestürzt würde, so sollten ihre Nachfolger keine Freude an der Erbschaft haben — die fliehenden russischen Kommunisten würden dafür sorgen, daß die nächste russische Regierung nichts als Mitleid und Trümmern vorfindet. Ueber die Schwierigkeiten, die sich für Rußland aus einem Sturz der Sowjetregierung ergeben, läßt sich selbstverständlich kaum etwas sagen, das die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hätte. Die einstige Unwahrscheinlichkeit ist die Rückkehr eines zaristischen Regimes. Dazu ist die russische Revolution zu sehr aus die Tiefe und aus der ursprünglichen Empfindung des Volkes entsprungener — im Gegensatz zu Deutschland. Vielleicht wächst die äußere Form des künftigen Rußlands weniger aus dem Willen des russischen Volkes, als nur apathisch und nicht als Hilfebedürftiger aus dem bolschewistischen Elendzeitalter im Allgemeinen und der Hungerkatastrophe im Besonderen hervorgehend. Es erscheint eher möglich, daß die Einflüsse von außen her stark genug sein können, um bei der Entstehung von Rußlands zukünftiger Verfassung ausschlaggebend zu sein.

Die Lage der Sowjetregierung wird durch außenpolitische Forderungen noch schwieriger gemacht. Das Ultimatum an Polen, es solle sich antibolschewistische Maßnahmen enthalten, scheint die letzte starke Geste der Russen nach außen hin gewesen zu sein. Ein schwerer Schlag für die Macht des Bolschewismus war der griechische Sieg über die türkischen Nationalisten, die sich in einer hoffnungslosen Lage befinden. Kemal Pascha, mit dem sich Lenin auf Geduld und Verdrerb alliiert hatte, sollte der Gehilfe der Russen bei der Verdrängung der westeuropäischen Staaten aus dem Orient werden. Der Rückzug wird sich bald in Armenien, Persien und Vorderindien bemerkbar machen, wo die Bolschewisten eben anfangen, festen Fuß zu fassen. In Sibirien lenkt die Republik des fernen Ostens immer mehr in bürgerliche Bahnen, und Vladivostok und sein Hinterland scheinen rettungslos den Japanern verfallen. Dazu kommt, daß das Vertrauen der großen Nationen zu Rußland noch nicht gefestigt genug ist, um durch Gewährung von Krediten der Sowjetregierung die innere Lage zu erleichtern. Interessant ist in dieser Beziehung das, was der amerikanische Senator France nach seiner Rückkehr von einer amtlichen Studienfahrt durch Rußland dieser Tage einem Berliner Journalisten gegenüber aussprach. Er erzählte, daß die ausländischen Waren sich bereits immer mehr in den russischen Städten bemerkbar machten, daß allerdings Waren aus Deutschland durchaus vermehrt werden. Dieser Aufwärtstrend gegenüber stehen die eindringlichen Warnungen von Rußlandfernern, die die Einfuhr nach Rußland als unsicher und gefährlich bezeichnen. Doch wie dem auch sei — wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, wie die jetzige Lage es vermuten läßt, so brauchen wir uns über Deutschlands Verhalten der Sowjetrepublik gegenüber nicht den Kopf zu zerbrechen. Das darf uns jedoch nicht zur Gleichgültigkeit in den östlichen Problemen verführen. Denn es ist ganz klar: für jedes neue Rußland ist das Deutsche Reich als der innerlich kräftigste Nachbar der natürliche Helfer, der natür-

liche Weggefährte, der natürliche Bundesgenosse. Es wird eine Zeit kommen, in der uns die Welt um die Nachbarschaft dieses unerlöschlichen Tiefenlandes beneiden wird. Deshalb ist es Sache unzerstörlicher menschlicher Leistung und unzerstörlicher Handelswelt, mit gespannter Aufmerksamkeit den richtigen Augenblick zu treffen, in dem es Zeit ist, einzugreifen

und anzufassen. Aus dieser Rolle kann uns niemand verdrängen: das Feld nach Osten hin ist nach dem Frieden von Versailles das erste und einzige, auf dem wir in die Reihe der andern in freier Konkurrenz treten können.

Zwischen uns und Rußland liegt ein breites Vorfeld: Polen. Mit einem im Jollekten Polen brauchen wir nicht zu rechnen. Ueber ein

Vor der Entscheidung.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Je näher die Entscheidung heranrückt, um so gespannter sind unsere Blicke auf London und Rom gerichtet, wo heute zum letztenmal die Argumente geprüft und auf ihre Stichhaltigkeit hin erprobt werden. Um so bestimmter muß aber auch die Erwartung ausgesprochen werden, daß besonders der Leiter der englischen Politik die Hauptstadt Frankreichs nicht zum zweiten Male zum Schauplatz seines Unfalles macht. Vorläufig scheint ja Lloyd Georges fest entschlossen, seine bisherige Politik durchzuführen. Seine Anträge für die Pariser Konferenz lauten einer „Temps“-Meldung zufolge: Aufhebung der Sanktionen ohne weitere Verzögerung, Zuerkennung Oberschlesiens mit Ausnahme der eine polnische Mehrheit aufweisenden Kreise an Deutschland (Pleß und Rybnitz) und Erklärung der Uninteressiertheit der Alliierten in der Orientfrage. Was die oberste Frage angeht, so ist der an anderer Stelle des Blattes veröffentlichte Artikel des „Daily Chronicle“ als ein günstiges Vorzeichen anzusehen, da der „Daily Chronicle“ bekanntlich das offiziöse Blatt des Ministerpräsidenten ist. Auch von italienischer Seite liegen Äußerungen vor, die erkennen lassen, daß die unparteiische Haltung, die die italienische Regierung schon in der vergangenen Woche den französischen Truppen-transportforderungen gegenüber an den Tag gelegt hat, auch bei der Pariser Konferenz in der Hauptentscheidung ihre Fortsetzung erfahren wird.

Gleichzeitig wird in Berliner politischen Kreisen, die der hiesigen italienischen Gesandtschaft nahe stehen, festgestellt, daß die italienische Regierung von sich aus zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß zur Durchführung einer gerechten Entscheidung die jetzigen Kontingente der alliierten Truppen in Oberschlesien zu schwach seien. Die Berichte, die der italienische Oberkommissar, General de Marini, in dieser Hinsicht in Rom erstattet hat, soll bezüglich der neuen polnischen Aufstandsvorbereitungen so pessimistisch gewesen sein, daß die italienische Regierung beschlossen hat, eine Verstärkung der ober-schlesischen Kontingente durchzuführen, jedoch im Einvernehmen mit den übrigen Alliierten und unter strenger Wahrung des Kräftegleichgewichtes unter den einzelnen Alliierten. Mit diesem Schritt wird auch die plötzliche Abreise des Generals de Marini in Verbindung gebracht, der, statt von Rom direkt nach Paris zu fahren, gestern in Doppel eingetroffen ist und dort Besprechungen mit sämtlichen italienischen Kreis-kontrollleuten hatte. Er hat erklärt, daß mehrere italienische Bataillone in der Heimat bereit sind, um auf Abruf nach Oberschlesien transportiert zu werden.

Was die Frage der Sanktionen angeht, so zieht Lloyd Georges, wenn er ihre Aufhebung in Paris beantragt, und hoffentlich auch durchsetzt, nur die Konsequenz aus seiner Haltung, die er Deutschland gegenüber während der letzten deutschen Regierungskriege eingenommen hat. Damals ließ er durch den britischen Vorkämpfer in Berlin dem Abgeordneten Stresemann auf dessen Anfrage erklären, daß nach der englischen Auffassung die Annahme des Ultimatus die Aufhebung der Sanktionen nach sich ziehen müsse. Hoffentlich haben wir es in der nächsten Woche nicht nötig, den englischen Staatsmann an diese Feststellung zu erinnern.

Teilnahme Amerikas an der Sitzung des Obersten Rates.

London, 6. Aug. Der amerikanische Vorkämpfer teilt in einer Note der Öffentlichkeit mit, daß er sich zur Konferenz des Obersten Rates nach Paris begibt. Die „Times“ meinen: Zweifellos wird die Gegenwart des amerikanischen Vorkämpfers eine förderliche Wirkung auf die Beratungen des Obersten Rates aus-

wirken und sein Rat wird in Fällen von besonderer Schwierigkeit eingeholt werden. — Präsident Harding hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die Mächte schließlich eine gerechte und befriedigende Regelung der ober-schlesischen Streitfrage herbeiführen und damit eines der Haupthindernisse beseitigen, die jetzt einem dauernden Frieden entgegenstehen.

Englische Einsicht.

London, 6. Aug. „Daily Chronicle“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Soll Oberschlesien ein neues Elb-Lothringen werden?“ den Bericht seines diplomatischen Mitarbeiters, in dem es heißt: Man übertriebt nicht, wenn man erklärt, daß die Zukunft Europas in hohem Maße von dem am Montag in Paris beginnenden Verhandlungen abhängt. Wenn über Oberschlesien keine gerechte Lösung erzielt wird, so kann Oberschlesien ein neues Elb-Lothringen und die Saat eines künftigen Krieges werden. Von den Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen, hängt vielleicht für 10 Jahre das Leben der englischen Jugend ab. In der französischen Presse und in öffentlichen Kundgebungen ist in der letzten Zeit klar zum Ausdruck gekommen, daß in Frankreich eine starke Partei besteht, die für einen Bruch der Entente ist, damit Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland erhält. Lloyd Georges geht auf den Obersten Rat mit der Unterstützung der Demokratie des Landes zugunsten einer gerechten Lösung der ober-schlesischen Frage und zugunsten der Aufrechterhaltung der Entente im Interesse des Weltfriedens. Wenn das Recht Deutschlands oder Polens mit Füßen getreten werden sollte, so wird keines der beiden Länder in Zukunft Vertrauen zum Obersten Rat oder zum Völkerbund haben, sondern wenn sie stark genug sind, die Entscheidung mit dem Schwerte suchen. Das würde Europa wieder in das Jahr 1914 zurückwerfen. Großbritannien und Frankreich sind ebenso wie die übrigen Nationen geschwächt durch den Niedergang des Handels. Rußland stirbt an Entkräftung. Das Wiederaufleben und das Wohlbefinden der Welt würde niemals kommen, wenn die Nationen jetzt Drachenzähne sehen, aus denen ein neuer Krieg entspringt.

Neue Pläne Frankreichs.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 6. Aug. Der „Temps“ berichtet heute über ein neues französisches Projekt, das mit dem bekannten Neutralisierungsplan eine gewisse Ähnlichkeit hat, folgendes: Da die Sachverhältnisse sich über die Verteilung des ober-schlesischen Gebietes nicht verständigen an können scheinen, läßt hier in Paris das Gerücht um, daß der Oberste Rat ein anderes Mittel zur Lösung des Problems zu verhandeln haben wird. Es seien darnach nur die unbesetzten deutschen und polnischen Gebiete an Deutschland bzw. Polen zu überweisen, die übrigen Teile des Gebietes, d. h. gerade das Industriegebiet, seien von dem Obersten Rat auf die Dauer von 10 bis 20 Jahren einer internationalen oder internationalen Verwaltung zu unterstellen. Der „Temps“ erklärt, eine derartige Lösung hätte bedingt, daß sowohl Deutschland wie Polen sich von vornherein damit einverstanden erklären müßte. Der Friedensvertrag von Versailles sehe aber nicht eine Aufteilung in drei Teile, also an Deutschland, Polen und an eine internationale Verwaltung vor, sondern bestimme, daß das ganze Gebiet an Deutschland und Polen aufgeteilt werden müsse. Wollte man also ein anderes Arrangement im obigen Sinne durchzuführen, so sei es notwendig, daß schnell ein Abkommen zwischen den Alliierten, Deutschland und Polen abgeschlossen würde und so eine Abänderung der Vertragsbestimmungen in diesem Sinne notwendig wäre.

Hierzu ist zu bemerken, daß selbstverständlich Deutschland niemals seine Zustimmung zu einer derartigen Beugung des Friedensvertrages geben würde.

Die Rheinlandkommission gegen Aufhebung der Sanktionen.

Köln, 6. Aug. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Eingabe der Handelskammer Köln, die auf Grund gesammelten Materials eine Aufhebung der Sanktionen verlangte, mit der Begründung abgewiesen, daß die Einwände nicht stichhaltig seien.

Polen, das keinen mächtigen Bundesgenossen hat, können wir zur Tagesordnung übergeben. Erreicht wurde durch deutsche wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt, daß von den noch unerlöschlichsten Kohlenvorkommen zwischen Oder, Weichsel und Karpaten 51 Prozent auf polnischem, 16 Prozent auf tschechischem und 32 Prozent auf deutschem Gebiet liegen. Trotzdem gibt sich Polen keine Mühe, diese ungeheuren natürlichen Schätze auszubenten, sondern es will sich vor den abgedehnten Tisch Oberschlesiens legen. Ein Land mit solchem Mangel an Energie scheidet aus der Konkurrenz um die Lösung der russischen Frage aus. Es wird, früher oder später, in dem Dunkel versinken, aus dem es erstanden ist. Auch die Finanzlage Polens bekämpft diese Annahme. Der Staatsbankrott ist nur eine Frage der Zeit. 135 Milliarden Polenmark Einnahmen — 208 Milliarden Polenmark Ausgaben im letzten Budgetjahr. Eine innere Staatsschuld von 150 Milliarden Polenmark, äußere Verpflichtungen, hauptsächlich für Heereslieferungen und Lebensmittelankäufe in Höhe von 8 Milliarden französischer Francs, das sind 450 Milliarden Polenmark. Alles in allem: eine halbe Billion Staatsschuld — eine Refordicition! Vorläufig jedoch sind einflußreiche Kräfte bemüht, Polen das Leben zu erhalten, damit die Beherrschung Deutschlands im Osten und der Wall zwischen Deutschland und Rußland bestehen bleibe. In der rüchigen Erkenntnis, daß Polen ohne Stützung fallen muß, daß aber andererseits Frankreichs Arm auf die Dauer nicht stark genug ist, um das entfernteste Land zu halten, beschreitet die französische Diplomatie jetzt einen neuen Weg, um ihrem Einfluß im Osten auf jeden Fall Dauer zu verleihen. Sie arbeitet sich langsam, aber vorsichtig, in die Randkatepolitik ein, um einen großen Völkerbund zu bilden — Estland — Lettland — Litauen — Polen zusammenzuschließen. Es ist klar, daß in diesem Bunde Polen die führende Rolle — schon wegen seiner räumlichen Ausdehnung — haben würde. Es könnte sich genug wirtschaftliche Vorteile sichern, um auf die Höhe des Staatsgeschäfts lukrativer zu machen. Deshalb beeinflusst die französische Diplomatie Polen, der skandinavischen Regierung gegenüber entgegenkommend zu sein, Josthanken fallen zu lassen, Belgisowski zurückzurufen und durch enge Anlehnung an das viel lebensfähigere litauische Staatsgebilde eigene Kräftigung zu gewinnen. Der Weg, den Frankreich weist, ist voll von schweren Hindernissen. Die Abneigung Litauens gegen Polen ist groß, und der Wille der finnischen Regierung, unbedingt selbständige Politik zu treiben, wird den polnisch-französischen Verträgen Hartnäckigkeit entgegenstellen. Für die deutsche Diplomatie, der in der Behandlung der Ostprobleme die Verbindung des Völkerbundes dieses Völkerbundes das vornehmste Ziel sein muß, ist der Weg durch die starken Sympathien gewiesen, die die litauische Regierung für die Deutschen Reiche entgegenbringt. Gelintet es Deutschland, Litauen — selbst unter Konzessionen — sich zu verbinden, so ist der gefährliche französische Plan vereitelt, und der Weg nach Rußland liegt offen.

Frankreichs Politik — Europas Schicksal.

Mitten in den Sundstagen, während deren sonst die große Politik in ganz Europa so ziemlich abgeklüftet war, wird eine der vielleicht folgenschwersten internationalen Zusammenkünfte und Entscheidungen vorbereitet. Herr Briand hat den Obersten Rat zu einer Sitzung am 8. August nach Paris geladen. Freilich, das war von Lloyd George England und der Ministerpräsident Bonomi Italien persönlich vertreten werden. Noch nicht ganz gefestigt ist in der Pariser Presse, ob Belgien zu Beginn eine besondere Einladung erhalten wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden auf keinen Fall teilnehmen, vielleicht aber wird der amerikanische Vorkämpfer in London als Berichterstatter für seine Regierung anwesend sein. Das Programm der Verhandlungen ist formell bereits festgelegt. Wie weit es aber erfolgreich aufgearbeitet oder auch nur in Angriff genommen werden kann, läßt sich noch gar nicht sagen. Die französische Presse vor allem hat ja bereits mit einer doch sehr ernsthaften Hinneigung auf die neuen Schwierigkeiten hingewiesen, die aus den Gegensätzen der englischen und französischen Auffassung von den ober-schlesischen Lösungsmöglichkeiten erwachsen müssen. Lloyd Georges hat an zwei Tagen hintereinander die Entschlossenheit der englischen Regierung, sich für eine wirkliche Verhandlung Mitteleuropas einzusetzen und Deutsche und Polen ohne Voreingenommenheit in gleicher Weise zu behandeln, betont, d. h. doch eben gegen die ganz unabweisliche Voreingenommenheit der Franzosen für Polen und die polnischen Anfechtungsgefühle auf Oberschlesien protestiert. Der italienische Minister des Auswärtigen Toretta hat in seiner Programmrede in der römischen Kammer zur gleichen Zeit erklärt, seine Politik würde vor allem darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß das heutige Gleichgewicht zu Gunsten irgend eines Siegers verschoben werde. Deshalb würde Italien in vielen Fragen die englischen Richtlinien annehmen, aber mit Rücksicht auf Frankreich werde es einen aktiven Vermittlungsversuch gerade in der

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten und Pyramide.

berschleichen Frage doch unterlassen. Man sieht also die Gegenstände und noch keine rechte Möglichkeit, wie sie auszugleichen werden sollen. Räumt man alle Momente für neue Konfliktsgefahren und die in England, Italien wie vor allem auch in Amerika bestehende Scheu vor irgend einer energetischen Aktion, die als deutsch-fremdlich ausgelegt werden könnte, zusammen, so kommt man leider zu der Annahme, daß eine wirkliche Entscheidung über Oberschlesien auch in der zweiten Augustwoche nicht erfolgen wird. Nicht ausgeschlossen ist vielmehr, daß ein neues Provisorium auf der Basis der schon öfter vorgeschlagenen Dreiteilung — gewisse Teile an Polen, gewisse an Deutschland, der Rest (Hauptindustriebezirk) weiter unter Alliierten-Verwaltung — geschaffen werden wird. Es ist für uns natürlich unmöglich, heute schon zu solcher Eventualität Stellung zu nehmen. Grundsätzlich wird die deutsche Regierung wie das ganze deutsche Volk das Recht auf ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien niemals aufgeben.

Daß die Verurteilung der völlig einseitig egoistischen französischen Außenpolitik nicht nur in der deutschen, sondern auch in der neutralen und einem großen Teil der englischen öffentlichen Meinung durchaus berechtigt ist, zeigt übrigens ein Zeitartikel des „Journal de Genève“ vom 31. Juli 1921, das ein objektives Schweizer Blatt, das jetzt aber, besonders auch wieder, seitdem Genf der Sitz des durch und durch französisch gefärbten Völkerbundes ist, vielfach nicht weniger schroff Frankreichs Interesse vertritt als dieses selbst. Das Blatt gibt offen an, daß Frankreich in Polen eins der Hauptelemente seiner Politik sieht, und Polen als Verbündeten so sehr wie möglich kräftigen will. England treue Unrecht, sich diesem französischen Interesse zu widersetzen; denn durch solchen Gegensatz werde vor allem auch der Vertrag von Versailles gefährdet. Aber wenn dieser hinfällig werde, würde das neue europäische Gleichgewicht (soll heißen „französische Hegemonie“), an dem man so mühsam seit fast zweiinhalb Jahren arbeitet, umgefallen. Das Deutschland (le Germanisme), das heute geehrt als jemals sei, würde alle die neuen Staaten wieder bedrohen, welche jetzt ihre Freiheit ausbauen. Das Deutschland würde wieder über den Brenner hinaus (Wirt für Italien) und zugleich alles aufziehen, um wieder zu den Vogesen und nach Belgien hinein vorzudringen. D. h., so schließt das „neutrale“ Schweizer Blatt, nachdem Millionen von Soldaten sich haben töten lassen, in der größten militärischen Kraftleistung, die die Weltgeschichte kennt, um eben den kriegerischen Germanismus zu brechen, würden die Staatsmänner des Westens weiterfahren, um Deutschland neue Ausflüchte zu verschaffen.

Das „Journal de Genève“ ist, wie gesagt, charakteristisch für die französische Auffassung. Seine Ausführungen zeigen deutlich die aktive französische Expansion und die mit der französischen Seele heute mehr als je verhängnisvoll dominierende Furcht vor der unverwundlichen deutschen Kraft. So lange diese beiden Faktoren für die französische Politik aber maßgebend bleiben, ist an irgend eine Völkerverständigung oder auch nur Beruhigung in Europa nicht zu denken. Frankreich muß sich mit der Existenz und der natürlichen Entwicklung eines deutschen 60- oder 70-Millionenvolkes eben abfinden. Garantien gegen eine deutsche Bedrohung können schließlich Defensivbindnisse mit anderen Nationen sein. Die beste Garantie wäre aber die Aufgabe der Expansionspolitik und der Verzicht auf eine zwar nicht weltbeherrschende, aber würdige und glückliche Existenz, die die 30 Millionen Franzosen — von allen beneidet — immer werden führen können. Auch die übrige Menschheit wird diese Alternative: entweder ein auf Imperialismus verzichtendes Frankreich und europäischer Friede oder weitere Herrschaft des europäischen Marktes und der Weltwirtschaft, klar erkennen müssen. Und dann wird das Gespenst einer französischen Völkerverdrängung, das heute gänzlich unreal ist, doch einmal Wirklichkeit werden können.

Dr. G. S.

Die neuen Steuergesetzesentwürfe

Berlin, 6. Aug. Die Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Steuern sind zu einem gewissen Abschluß gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums kann folgender Überblick gegeben werden. Es liegen folgende Entwürfe vor:

1. Erhöhung der Zucksteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm.
2. Einführung der Zucksteuer.
3. Erhöhung der Zucksteuerernte Branntwein von 800 auf mindestens 4000 Mk.
4. Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern.
 - a) Vervierelfachung der Leuchtstoffsteuer.
 - b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer.
 - c) Vervierelfachung der Biersteuer.
 - d) Befreiigung der Ermäßigung der Tabaksteuer.
5. Erhöhung der Zollsätze für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade, sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind, oder nur dem Luxus dienen.
6. Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 Prozent zu ermäßigen.
7. Zulassung von Buchmacherweinen.
8. Wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Kraftwagen.
9. Die gegenwärtigen im Reichsstempelgesetz vorgesehenen endgültigen Steuersätze zu Verschiebungen sollen erhöht und die Steuerbefreiigung eingeschränkt werden.
10. Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften bei der Ein- und Ausfuhr, wobei dem Bedürfnis des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter mit Zulassungsrecht der Gemeinden der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.
11. Die Körperschaftsteuer soll bei den Erwerbsgesellschaften 30 Prozent des gesamten steuerlichen Einkommens betragen. Die bisherige steuerliche Begünstigung der Schachgesellschaften soll abgeschafft werden.
12. Kapitalverkehrssteuergesetz. Unter vollständiger Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes sollen die Kapitalverkehrssteuergesetze zusammengefasst werden. Hiervon ist insbesondere die Besteuerung der Gründung von Aktiengesellschaften mit 7 Prozent zu erwägen. Die Körperschaftsteuer soll für Kundengeschäfte auf 6 vom Tausend erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden.

damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann.

13. Ein Vermögenssteuergesetz schlägt einen sachgemäßen Ausbau des Reichsnotopfergesetzes vor und zwar in der Weise, daß zwar der nach dem Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers Bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll.

14. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,05 bis 1 Prozent ansteigen und bei nicht pönlichen Personen 1½ vom Tausend betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der für pönliche Personen 300 Prozent, für nichtpönliche Personen 150 Prozent der Vermögenssteuer beträgt. An die Stelle des geltenden Vermögenssteuergesetzes soll im Anschluß an die unter 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten. Vermögen mit mehr als 100 000 Mk. und einen Zuwachs, der 25 000 Mk. nicht übersteigt, soll von der Steuer frei bleiben. Der Steuerfuß soll mit 1½ Prozent für die ersten 100 000 Mk. und bei Zuwachsbeträgen über 6 Millionen Mark den Höchstfuß von 10 Prozent erreichen.

15. Gesetz über die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Es sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Vermögen bis zu 200 000 Mk. sollen von der Abgabe frei bleiben. Ebenso beim Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mk. Die Steuererträge sollen sich zwischen 5 und 30 Prozent bewegen.

Die unter Ziff. 1-3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor. Die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichstag und Reichsfinanzrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden.

Die vorstehenden unter 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe sollen die Befreiigung des Vermögenssteuersatzes soweit als möglich weiter ausdehnen. Nicht man noch weiter in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so erlaßt sich, daß die gesamte Belastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung der indirekten Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch den Grundlag einer ausgleichenden, steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als den der Besteuerung des Besitzes zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Deutsches Reich.

Aus Sitzungen des Reichskabinetts.

Gestern nachmittag hat eine neue Sitzung des Gesamtkabinetts stattgefunden, der Gegenstand und das Ergebnis der Beratungen werden streng geheim gehalten.

Das Reichs-Gesetzblatt.

Nr. 82 vom 5. August 1921 veröffentlicht die Gesetze über den Ertrag der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz), über den Ertrag von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz), über den Ertrag von Kriegsschäden im Ausland (Auslandsschädengesetz) und über die Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung).

Maßnahmen gegen Folgen der Dürre.

1. München, 6. Aug. Der Finanzausschuß des Bayerischen Landtags nahm eine Vorlage des

Landwirtschaftsministeriums an, wonach die Regierung ermächtigt wird, 10 Millionen Mark zur Verringerung der durch die andauernde Trockenheit hervorgerufenen Notlage, besonders zur Erhaltung der gefährdeten Viehbestände aufzuwenden.

Forderungen der Hamburger Postbeamten.

Hamburg, 6. Aug. In einer großen Versammlung der Postbeamten richtete der Postkammerbrüder Verein eine Resolution an den Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten. In einer Entschließung wurde eine einmalige Beihilfe von 2000 Mk. außerdem 500 Mk. für jedes Kind, ferner Erhöhung der Grundgehälter, Erhöhung der Feuerungsanlage um 150 Prozent und der Kinderzulage auf 250 Prozent, schließlich die sofortige Auszahlung von 1500 Mk. an alle Postbeamten und Anstellten verlangt. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so soll vor dem Streik nicht zurückgeschreckt werden.

Ein Urteil über Deutschlands Ernährungsnot.

Berlin, 6. Aug. Der Leiter der amerikanischen Hilfsmission der Quäker für Deutschland, Alfred Scattergood, der dieser Tage nach Amerika zu-

rückgekehrt ist, veröffentlicht über seine Tätigkeiten folgende Mitteilungen: Im Dezember 1919, als ich nach Deutschland kam, wurde angenommen, daß die Notwendigkeit, Mütter und Kinder zu ernähren, höchstens acht Monate anhalten würde. Wie sehr man sich darin irrte, geht aus der Tatsache hervor, daß im vorigen Monat täglich eine Million Mahlzeiten verabreicht werden mußten. Die Not in ihrer entsetzlichen Form beginnt jetzt zu verschwinden. Doch es infolge Unterernährung während der nächsten fünf bis sechs Jahre in Deutschland verhältnismäßig mehr unterernährte Kinder geben wird als in England und Amerika, werden wir unter Programmen im nächsten Winter um 40 Prozent vermindern müssen.

Die Landarbeiterausstände.

Berlin, 6. Aug. Nach einer Meldung aus Dresden ist der Ausstand auf den Gütern um Leipzig beendet. Die Arbeit ist gestern überall wieder aufgenommen worden.

Ein verhängnisvolles Auto.

Köln, 6. Aug. Der Chauffeur eines ehemaligen Prinzen von Preußen hatte das Unglück, mit einem schweren Benzwagen des Prinzen einen Fußgänger tot zu fahren. Der Besitzer verkaufte darauf den Wagen. Dem Fahrer des neuen Besitzers widerfuhr dasselbe Unglück. Auch dieser Eigentümer veräußerte den Kraftwagen. Der Fahrer des dritten Besitzers hatte, wie seine Vorgänger, ebenfalls das Unglück, einen Menschen totzufahren. Jetzt gelangte das Auto an einen vierten Besitzer. Dieser wurde hier bei einem Zusammenstoß aus dem Wagen geschleudert und getötet.

Ein Zwischenfall im Schlafwagen.

Berlin, 6. Aug. Im Schlafwagen des D-Zuges Berlin-Norddeich hatte sich vor einiger Zeit der französische Hauptmann Lemaire, der in verdrängender Weise rauchte, der Feststellung seiner Personalien widersteht und war schließlich auf Veranlassung des D-Zugpersonals durch die Polizei aus dem D-Zug entfernt worden. Jetzt hat der Vertreter des Generals Rollet Hauptmann eine in einem außerordentlich großen Ton gehaltene Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der eine eingehende Untersuchung des Falles, die Amtsenthebung des betreffenden Polizeibeamten die Veröffentlichung in allen größeren Zeitungen verlangt wird. Die deutsche Reichsregierung erklärt, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien und daß damit zu rechnen sei, daß die deutschen Feststellungen ein anderes Bild als die der Franzosen ergeben.

Tätigkeiten im Danziger Parlament.

Danzig, 6. Aug. Im Danziger Parlament ist es zu wüsten Ausbrüchen gekommen. Die Kommunistenführer Rahn und Schmidt beschimpften mit Worten wie „Dides Schwein, Bluthund und Mörder“ den Senator Schummer und den deutschnationalen Abgeordneten Voh. Der Kommunist Schmidt bezog den Abg. Voh mit Wasser und bespulte den Tisch des Senatspräsidenten. Der Präsident berief hierauf die Sivo in den Sitzungssaal und ließ die Kommunistenführer festnehmen. Der Untersuchungsrichter hat einen Haftbefehl gegen die beiden Festgenommenen erlassen. In der gestrigen Sitzung hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht der die sofortige Freilassung der beiden Verhafteten fordert. Ferner verlangen die Mehrheitssozialdemokraten die Abdankung des deutschnationalen Parlamentspräsidenten. In einer Erklärung rechtfertigte der Präsident seine Maßnahmen, die er zum Schutze des Hauses getroffen habe. Im übrigen ist es in Danzig ruhig.

Ausgebungen für Oberschlesien.

(Drahtmeldung unfr. Münchener Korrespondent.) In München, 5. Aug. Die nichtsozialistischen Parteien des bayerischen Landtages haben eine Kundgebung für Oberschlesien erlassen. Auch die sozialdemokratische Fraktion war zur Beteiligung eingeladen, hat aber abgelehnt.



Die „Pyramide“

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt

enthält in ihrer heutigen Nummer (82) folgende Beiträge: Der Gang unserer Zeit zur Welt. Von Professor Dr. phil. et med. W. Wagnand, Direktor der pflanzlichen Universitätsklinik in Hamburg. — Maria Sotomayor. Von Dr. A. R. Wagnand, Professor an der Landesbibliothek in Karlsruhe. — Die Neuentdeckung der babilonischen Staatsamtmänner. Von Dr. A. R. Wagnand, Professor am Landesmuseum in Karlsruhe. — Gustav Adolf Becker. Von Dr. Wilhelm Bentler in München. — Abgegangene Stellungen der Abnehmer (Schluß). Von Oberlehrer D. Weiner in Ruppheim. — Dürre. Drei Sonette. Von Friedrich Singer in Ettlingen. — Aristokrat. Historische Novelle. Von Benno Ritterauer in München.

Wochenplauderei

von Julius Bruttler.

Randglossen eines Geistesmenschen.

Wegen der weitaus politischen Bedeutung war der Verwaltungsjurist vorgeliebt angesehenen u. „vornehmer“ als der Justizkollege. Ob es jetzt noch so ist, weiß ich nicht, da die damalige einseitige Amtspolitik heute möglicherweise zerplatzt ist. Vielleicht hat ebendamals das Vernehmen preussischer Landräte abfärbend dazu beigetragen, diese immerhin seitliche Selbstklassifizierung herbeizuführen, wie überhaupt der vorjährige Affektismus in Baden bedenklich Boden gewonnen hatte. Doch gehört das nicht hierher. Ebenfalls, daß das Bezirksamt in der kleinen Amtstadt heute nicht mehr so ausgeprägt wie vor der Revolution und dem verlorenen Krieg den Mittelpunkt amtlichen Lebens bildet, sondern

immer mehr von Finanzamt als dem Herrgott dieser verschuldeten deutschen Welt, also dem Sachverwalter schönen Mammons, verdrängt zu werden scheint. Darüber mag vielleicht ein andermal zu plaudern sein. Wir kommen lediglich zum Eingangsatz zurück. Da scheint mir doch, aus Erfahrungen bei einer Schwurgerichtsperiode zu schließen, so ein Fehler eines Strafprozessapparates allermindestens an Wichtigkeit und Verantwortungslast einem Amtsvorstand gleichzukommen. Es ist ein schweres Amt, der leidenschaftlichen Brandung der Verhandlung in eigener Ruhe und schälerer Sachkenntnis zu trogen und jedem Teil zu seinem Recht zu verhelfen. Wohl geht es nur um das Schicksal eines Einzelnen und in der überwiegenen Mehrzahl um einen Rechtsverlezer, aber es handelt sich eben bei diesem Einzelnen um dessen ganzes bürgerliches Sein und zuweilen um das Leben selbst. Was immerhin zu wichtig ist wie ein landwirtschaftliches Bezirksamt und das Jubiläum einer Gebirgsmutter. Es ist nicht angaria und wäre auch geschmacklos, den persönlich erlebten Vorstehenden ein drüderschwarzes Kränzlein zu winden, aber der innerlich wahrhaft beglückenden und erhebenden Empfindung darf man als gänzlich unbeteiligter Bate Ausdruck verleihen, daß die einheitliche Vielheit der $\ddot{t}\ddot{t}$ Juristen trotz natürlicher Weise sich einstellenden Geschäftsanteile und Beziehungen mit allen Falern sich um Wohl und Wehe des Staates und seiner Individuen einsetzt. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß es trotzdem immer noch das beste ist, wenn man nichts mit den Gerichten zu tun hat. Hieß es früher: „Wer vom Papi ist, stirbt daran“, so kann man jetzt variieren: „wer vom Gericht ist, stirbt daran“. Was aber kein Kalauer auf die gebaltstarke Beziehung der Justizbeamten sein soll, sonst müßte es ja heißen: „Wer beim Gericht ist, stirbt daran“.

Es war an entscheidende die Frage nach Wurd, auf welche die Todesstrafe zu erwarten ist. Und so mußte man innerlich Stellung nehmen zu dem

Problem, das man als Laienrichter nur weltanschaulich oder seelisch zu lösen vermag. Die bittere Tatsache und unangenehme Antwort auf die Frage der Todesstrafe hat Bismarck gegeben. Er meinte bei einer entsprechenden Interpellation im Reichstage etwa, er sei durchaus mit der Abschaffung der Todesstrafe einverstanden, aber die Herren Mörder sollen damit anfangen! In dem Fall, der jüngst am Karlsruher Schwurgericht zur Beurteilung stand, handelte es sich um einen ungläubigen Köhling von etwas über 20 Jahren, der seine Geliebte wie einen tollen Hund über den Haufen geschossen hat, um sich Ernährungsplünder zu entziehen. Der Verbrecher war als Mensch und Gesellschaftsmitglied völlig wertlos, das war klar ersichtlich. Aber doch war auch er ein Sohn einer Mutter und war ein Geschöpf, das nicht selbst sich gefürchtete, war er ein Burche, den vielleicht nur die Zeitsumstände mißgünstig hatten. Mit seiner Entfaltung war nichts Ethisches gewonnen. Ja, wenn sein Tod das Opfer lebendig machen könnte, dann wäre der Spruch selbstverständlich. Aber, wer darf einem Geschöpf Gottes Kraft Menschengeistes das Leben absprechen! Wer darf einen immensen möglichen Lebensgenussweg abschneiden! In dubio pro roo sagt der künftige Jurist. Mit diesem Grundsatze darf sich auch der Laie in dieser hochmoralischen Gewissens- und Halsfrage abfinden. Er genährt wenigstens den Schatten einer guten Möglichkeit.

Es lagen zwei Fälle von Meineid vor, beide von Frauen verübt, wobei jedermann gleich richtig vermutet, daß es sich um Alimentsachen handelt. In einem erfolgte Freispruch um Gotte und der Barmherzigkeit, nicht aus juristischer Urteilsfindung willen — man versteht — im andern war der Schwindselmann so verurteilt, daß man die Sache verurteilt. Als Fazit blieb: man schaffe unter allen Umständen die Eideszuschreibung in solchen Fällen ab. Beim Militär wurde man bestraft, wenn man seinen Spind offen ließ und dadurch Gelegenheit zu Diebstahl geben

konnte; im „Wasserunser“ heißt eine Bitte: „Und führe uns nicht in Versuchung“. Also fort mit dem Eid, der bei der anfälligen Frau von selbst in einen Meineid hineingeleitet.

In Schillers „Kraniken des Jovius“ wird die Szene zum Tribunal. In hitziger Verleumdungslust kann der umgekehrte Fall eintreten und die Gerichtsverhandlung zum Theater werden. Besonders bei mehreren Angeklagten und demgemäß mehreren Verteidigern, die ihre zu Objekten gewordenen Subjekte gegeneinander auspielen und nebenbei noch den Staatsanwalt rabulistisch bedrängen. Es ergibt sich zu weilen solchermaßen die Tatsache, daß die Angeklagten, die oft ferne Dinge in bewusster Vergrößerung und Verzerrung bringen, im letzten Grunde recht haben. Es ist auch ausgeprägter Verteidigungstaktik zu finden, der natürlich in seiner suggestiven Wirkung auf den einfachen Mann höchst gefährlich ist, für die Äußerungen oder Sceptiker jedoch eine Quelle heiteren oder ärgerlichen Erlebens ist.

Man mag zu sein oder doch so zu scheinen, schadet selbst einem glänzenden Verteidiger. War da ein unheimlich gewirfelter Rechtsanwalt, der mal den baaarischen Geschworenen zeigen wollte, was eine preussische Harte ist. Er ließ nun so mephistophelisch scharf und spitz vor, daß er das Gegenteil seiner Rede erreichte. Möglicherweise läßt bei weniger anpruchsvollem Plädoyer sein Klient in den unaufgeklärten Tagendern feiner im Seebad statt wie nun im Aitthen.

In edler Bescheidenheit wollte auch ein Berliner Oberwachmeister (oder Verzeihung, er korrigierte freimütig dem Justizsekretär seinen Titel in Kriminalassistenten) den harmlosen Prozess beteiligten den „Boden des Dramas“ erläutern. Das sich da in einer Ausfuhrschlußungsgeschichte fern im nichtsahnenenden Süd zugetragen hat. Satt und bewußt — er sprach das Wort Drama mit der Wohlgeit aus, als irrliche er von Einigkeit kalbfleisch mit braite Rude — wollte er

Die Kosten für die amerikanischen Besatzungstruppen.

Paris, 6. Aug. Die Reparationskommission hat festgestellt, daß die Kosten für den Unterhalt der amerikanischen Besatzungstruppen nicht befreiten könne, d. h. daß die von Deutschland geleisteten Beiträge nicht für die amerikanischen Besatzungstruppen verwendet werden können.

Der neue Aufstandsplan.

Katowitz, 6. Aug. Die Anzeichen für einen neuen polnischen Aufstand verdichten sich immer mehr. In Katowitz begannen die Polen die Bildung einer Telephonleitung. Die polnische Besatzungsbehörden haben vom Schlachthaus über das Krollische Haus, dessen Besatzung verweigert die Einlegung des Stabels zu einem Kessel zu machen, in der Richtung Birken zusammen. In Reudel, Dissa und Grinitz ist die Bevölkerung in großer Aufregung, da die polnische Besatzung nach Polen geflüchteten Insurgenten wieder zurückzuführen. Im Kavalierbau des Schlosses Reudel soll sich eine polnische Geheimarmee befinden. Es ist beobachtet worden, daß polnische Kurier in früher Morgenstunden und später Abendstunden dort ein- und ausgehen.

Frankreich isoliert?

Rom, 6. Aug. In einem Telegramm des britischen Unterstaatssekretärs des Äußeren heißt es: Die französischen Diplomaten werden sich am Montag isoliert sehen. Auf dem europäischen Kontinent werden sie kaum mehr in Italien. Über Italien herrscht aber große Unsicherheit.

Italiens Stellung.

Rom, 6. Aug. Italien steht nach wie vor in der Isolation. Beide Mächte sind fest entschlossen, die oberste Entscheidung endgültig zu erlassen. Der Korrespondent des 'Corriere della Sera' meldet seinem Blatt über Englands Stellung: In der obersten Entscheidung hatte sich die italienische Diplomatie von vornherein feierlich abgelehnt. Dagegen hätte sie bis vor kurzem eine Fortsetzung der Politik des Grafen von Forza zu Torretto zugelassen. Jetzt sei in Paris über Italien recht entschieden.

Auswärtige Staaten.

Frankreichs neue diplomatische Formen.

London, 5. Aug. Dem 'Manchester Guardian' wird von seinem Berliner Korrespondenten gemeldet: Am 21. Juli hatte der französische Botschafter in Berlin, Laurent, eine Unterredung mit dem deutschen Reichsminister Dr. Brüning und dem Außenminister Dr. Rosen. Als Dr. Brüning die französische Forderung betr. Durchmarsch französischer Besatzungstruppen nach Italien nicht unabhängig von England und Italien bewilligen wollte, sprach der französische Botschafter so heftig, daß es den Eindruck erweckte, als ob er Befehl habe, den Widerstand der deutschen Minister um jeden Preis zu brechen. Man sagt, daß die Bedenken im Ministerium sehr zurückhaltend waren durch den Austritt, weil sie dachten, daß die Verweigerung der beiden Regierungen handgreiflich werden würden. Glücklicherweise blieben Dr. Brüning und Dr. Rosen ruhig, so daß es ohne ein Wort Streit abließ. Von verschiedenen Seiten wird die Meldung bestätigt, unter den Bedenken sei eine Stelle sogar besichtigt worden, daß es nötig sein würde, einzugreifen.

Der Krieg in Kleinasien.

(Wagner Drahtbericht.) Athen, 6. Aug. Einer Meldung aus Smirna zufolge haben die Griechen die kemalistischen

Kräfte um Smit (Mitea) südöstlich von Smit (Mikomedia) angegriffen. Die Türken wurden in die Flucht geschlagen und hatten große Verluste. Die Griechen haben große Munitions- und Proviantlager erobert.

e. Smirna, 5. Aug. Die Beute der Griechen in der Schlacht von Eskir-Sehir beträgt 62 Geschütze, 50 Maschinengewehre, 5000 Gewehre, 30 Lokomotiven, 200 Eisenbahnwagen und eine Menge Munition und Proviant.

Regierungskrise in Spanien.

Madrid, 6. Aug. Infolge der Niederlage der spanischen Truppen bei den Kämpfen in Nordafrika ist es in Spanien zu einer Regierungskrise und zu Unruhen unter den Arbeitern in verschiedenen Städten gekommen. Der König hat die Parteiführer nach der Hauptstadt berufen. Der Ort Madrid mußte von den spanischen Truppen geräumt werden.

Die Verteilung der Kriegsschadung.

e. London, 6. Aug. Die Dominienkonferenz hat die Verteilung der von Deutschland als Wiedergutmachung zu zahlende Summe unter die verschiedenen Teile des Reiches wie folgt festgelegt: England 86%, kleine Kolonien 0,8%, Kanada 4,85%, Australien 4,85%, Neuseeland 1,75%, Südafrika 0,60%, Neufundland 0,1%, Irland 1,20%.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 6. Aug. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Vertrieh der Frankfurter Nachrichten im besetzten Gebiet wegen des Artikels 'Rache für Boppard' für die Dauer von 3 Monaten verboten, ebenso die 'Münchener Neuesten Nachrichten' wegen des Artikels 'Wilde Tiere'. Desgleichen wurde ein gestellt der Vertrieb des 'Süddeutschen Monatsheftes', das bekanntlich die von Dr. Dillinger zusammengestellte 'Gegenrechnung' enthält.

Mainz, 5. Aug. Die seinerzeit berichtet, nahmen französische Offiziere, die sich zusammen mit den Gästen der Gaubler Sommerfeste an Bord des Dampfers 'Hindenburg' befanden, Anstoß daran, daß der Inspektor des Schiffes namens Möhler nicht verhindert hatte, daß bei der Vorbefahrt am Niederrhein das Deutschlandlied gesungen wurde. Bei der Aburteilung durch das Mainzer Kriegsgericht erhielt der Angeklagte 3 Monate Gefängnis wegen Nichtverhinderns einer feindseligen Gesinnungsäußerung. Die Schärfe des Urteils wurde mit dem Hinweis darauf begründet, daß Möhler für die Vorgänge auf seinem Schiffe allein verantwortlich sei. Der Angeklagte soll ferner dem Befehl der französischen Offiziere, einige Namen der Passagiere festzustellen, nicht nachgekommen sein. Ein Monat der erlittenen Untersuchungszeit kommt in Anrechnung.

Aus Elsaß-Lothringen.

Die Sequesterfandale.

Die unglaublichen Vorgänge bei der Beschlagnahme und Liquidation deutschen Eigentums in Elsaß-Lothringen erregen die Deffektivität in Elsaß-Lothringen immer mehr. Selbst der 'Min Français' des Abgeordneten Wetterle macht dazu Feststellungen, die die französischen Behörden in Straßburg schwer kompromittieren. Das genannte Blatt teilt im Anschluß an die bekannte Affäre des Vizepräsidenten des Tribunal régional in Straßburg, Herrn, folgende Äußerung des Abgeordneten Marin, des Vorsitzenden der Kammerkommission zur Untersuchung der Sequesterfandale, mit: 'Es steht fest, daß in dieser Sache vier Untersuchungen eingeleitet waren, aber niedergeschlagen worden sind. Eine Beschwerde der deutschen Regierung beim Völkerbund war nötig, damit endlich das Oberlandesgericht in Colmar mit der Sache befaßt wurde.' Der 'Elsässer' (Straßburg) fügt dieser Nachricht die Frage zu, wer wohl ein Interesse daran hatte, die vier nacheinander eingeleiteten Untersuchungen zu unterdrücken. Der 'Elsässer'

Kurier' (Nr. 150) schreibt zu den Sequesterfandalen: 'Wären kleine Leute die Schuldigen, man hätte sicher nicht lange gefachelt, so aber...' Die 'Republique' äußert sich dazu folgendermaßen:

'Es ist auch nach unserer Ansicht tatsächlich nötig, daß endlich über diese ganzen Sequesterangelegenheiten sowie über gewisse andere Dinge, die in Straßburg von Mund zu Mund gehen, Licht kommt. Zur Zeit der Affäre Moritz strukturierte in der ganzen Stadt eine Anklageschrift gegen einen bekannten Straßburger Geschäftsmann, dessen Name damals an allen Lippen schwebte, als der des Mannes, der nun wohl dron kommen würde.' Da darin sehr schwerwiegende und präzise Anklagen enthalten waren und trotzdem keine Untersuchung erfolgte, herrscht allgemein die Überzeugung, daß auch diese Affäre unterdrückt worden ist, denn man kann nicht annehmen, daß die zuständigen Behörden von diesen Dingen keine Kenntnis haben sollten. Wir sind aber der Ansicht, daß ein solcher Zustand für das Ansehen unserer Justiz desaströs wirkt. Es darf im Volke nicht das Vertrauen in unsere Magistratur dadurch untergraben werden, daß man den Anklagen auskommen läßt, als sei der Strafrichter für Leute, die Geld haben, nicht da.'

Die 'Lothringer Volkszeitung' äußert zu demselben Kapitel, daß längst in besserer Gesellschaft ein höherer Offizier sein Empfinden über die Sequesterfandale folgendermaßen ausgesprochen habe: 'Man getraut sich kaum noch mit seinem besten Freunde zusammen zu treffen, da man nicht sicher ist, ob nicht dieser oder jener morgen schon im Gefängnis sitzt.'

Die Straßburger 'Freie Presse' ist in ihrem Urteil noch schärfer. Sie schreibt zu den Untersuchungen des Abgeordneten Jäger:

'Ein Abgeordneter, also nicht der erste Beste, denn Herr Jäger ist offiziell mit der Untersuchung betraut und verfügt deshalb über Beweise, dieser Abgeordnete hat klar, daß der Straßburger Gerichtshof die Untersuchung der Sequesterfandale nicht unparteiisch geprüft, daß der Staatsanwalt sich einer schuldvollen Gefälligkeit schuldig gemacht habe und der Gerichtsdirektor die Sache im Einverständnis der Angeklagten erledigt und einstellte. — Genug der Worte! Das ist schlimmer wie die sprichwörtliche russische Korruption im Zarenreiche — das ist — na sagen wir französisch.'

Recht und Gerechtigkeit sind für den Franzosen Worte, mit denen er bei jeder Gelegenheit um sich wirft, und Gutta serena lauit. In seinen Taten tritt er Recht und Gerechtigkeit mit Füßen — solange er die Macht hat.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Kapitänleutnant Pahig will sich selbst stellen.

Leipzig, 6. Aug. Im letzten Kriegsbeschlagnahmeverfahren, in dem sich Oberleutnant Bold und Dittmar wegen Torpedierung des Schiffes 'Landover Castle' zu verantworten hatten, hat es allgemeine Verwunderung hervorgerufen, daß der verantwortliche Kommandant des U-Bootes, Kapitänleutnant Pahig, der als Hauptschuldiger an der Torpedierung anzusehen ist, wie es auch in der Urteilsbegründung zum Ausdruck kam, sich nicht freiwillig dem Reichsgericht gestellt hat, sondern seine beiden Untergebenen ihrem Schicksal überließ. Wie die Leipziger Abendpost berichtet, hat Pahig in Südamerika, wo er sich eine neue Existenz gründen wollte, von der Verurteilung seiner beiden Kameraden gehört und erklärt, er werde nach Deutschland kommen und sich selbst dem Reichsgericht stellen und betonen, daß er allein die Verantwortung trage. Bold und Dittmar hätten nur seinen Befehl ausgeführt und wären andernfalls natürlich wegen Gehorsamsverweigerung vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Es ist zu hoffen, daß die verurteilten beiden Oberleutnants, die in Einzelhaft sitzen und demnächst nach Rottbus überführt werden sollen, durch eine neue Verhandlung durch Pahig bedeutend entlastet werden.

Der Landarbeiterstreik in Mecklenburg.

t. Schwerin, 6. Aug. Im Landarbeiterstreik ist es zu einer Einigung gekommen.

Wachsende Zahl der Ehescheidungen in Bayern.

t. München, 6. Aug. Auf Grund statistischen Materials ist festgestellt, daß in Bayern eine Ehescheidungs-Epidemie herrscht. So waren im Jahr 1919 die Ehescheidungen um die Hälfte zahlreicher als im Jahr 1918. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die Schuld der Frau von 1914 bis 1918 steigt, während beim Mann, der vor dem Krieg in 40 bis 50 % der Ehescheidung der schuldige Teil war, die Schuldhaftigkeit auf 35,4 % gefallen ist. Beachtenswert ist die Tatsache, daß die Ehescheidungs-Epidemie in der Hauptsache auf die Städte und die industriereichen Bezirke entfällt.

Das Ergebnis der Sachverständigenberatung.

w. Paris, 6. Aug. Nach dem 'Echo de Paris' hat der Sachverständigenausschuß in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sich darauf zu beschränken, dem Obersten Rat einen Bericht vorzulegen, in dem sie verschiedene Lösungen zur Frage der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien, die vorgeschlagen seien, angeführt werden und in dem die Argumente mitgeteilt werden, die jeder einzelne Vorschlag auf beiden Seiten hervorgerufen habe.

Korantny wird die Einreise nach England verweigert.

w. London, 6. Aug. Das neuterische Büro meldet aus Paris: Auf Anweisung der britischen Regierung hat der britische Konsul Korantny, der nach London zu gehen wünscht, um dort für die polnische Sache zu wirken, das Passivum verweigert.

Badische Politik.

Der Aufruf zu den Landtagswahlen.

Die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags veröffentlicht einen Aufruf an ihre Wählerbasis, in dem zunächst eine Darlegung der Politik der Zentrumspartei seit den Landtagswahlen vom 5. Januar 1919 gegeben und festgehalten wird, daß die parlamentarischen Arbeiten trotz der schweren Zeit nicht erfolglos gewesen seien. In dem Aufruf wird dann auf die bevorstehenden gewaltigen Aufgaben hingewiesen, die vor allem durch die Gewaltpolitik der Feinde dem Volk auferlegt werden und die heils neue Sorgen schaffen, an denen das ganze Volk zu tragen habe. Das deutsche Volk set nun einmal eine Schicksalsgemeinschaft und daraus folge, daß Stadt und Land ohne Unterschied der Stände zusammenstehen, auf einander Rücksicht nehmen und einander helfen müssen. Der Klassenkampf sei in den heutigen Tagen der großen Not recht zu verurteilen und würde er in die bürgerliche Bevölkerung hineingetragen, so würden diese Verbrechen letzten Endes zur Schädigung des Nährlandes selbst führen müssen. Die Zentrumsfraktion fordert daher ihre Parteifreunde im Bauernstande auf, weitestgehend genug zu sein und diesen Verordnungen nicht zu folgen. Mit ruhigem Gemüthe und mit Unverzicht, so heißt es am Schluß des Aufrufs, gebe das Zentrum in den Wahlkampf.

Der Bezirksvorstand Baden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beruft auf Sonntag den 4. September einen außerordentlichen Parteitag nach Durlach ein, auf dessen vorläufiger Tagesordnung die Landtagswahlen in Baden, die Festsetzung der Landesliste und die Besprechung der politischen Lage im Reich steht.

Schuhe, sowie alle anderen färben man wie Brauns... Wilbra. Bei Kopfschmerz Erhältlich in Apotheken.

Kunst und Wissenschaft.

Das Weinbrennerwerk von Artur Waldenaire.

Der Herausgeber der bekannten ausgezeichneten Vierteljahrschrift 'Die Rheinlande' Wilhelm Schäfer, schreibt im 2. Heft des 21. Jahrgangs:

Selten habe ich ein Werk so befriedigt aus der Hand gelegt wie diese Weinbrenner-Biographie von Artur Waldenaire. Da hat sich einmal die oft so schlimme deutsche Gröndlichkeit an einem würdigen Gegenstand erprobt. Denn Friedrich Weinbrenner, der badische Baumeister, ist alles in allem eine der würdigsten Figuren der deutschen Kunstgeschichte überhaupt. Viele sind von höherem Rang, selbst in seinem Gebiet der Architektur ist es ein Abstieg etwa von Erwin zu Steinbach zu seiner klassizistischen Bürgerkunst; aber wenige haben sich so glücklich mit ihrem Werk in Leben zu setzen vermocht, wie Friedrich Weinbrenner mit seinem Karlsruhe. Es war eine Ehrenpflicht der Stadt, ihrem baukünstlerischen Schöpfer ein Denkmal zu setzen, und dieses Denkmal hat Waldenaire in seinem Werk geschaffen. Was er da an der Hand von 24 Abbildungen ausbreitet als Ergebnis seiner langen gründlichen Studien, dürfte alles enthalten, was von Weinbrenner wissenschaftlich ist, und Waldenaire hat dieses Ergebnis aller Umständlichkeiten seiner Gröndlichkeit entkleidet. Man fühlt sich bei ihm unter ebenso sicherer wie angenehmer Führung.

Nicht weniger anerkennungswert ist — und das sagt in diesem Falle viel — die Sorgfalt des Verlags (C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H.) in diesem Werk. Der stattliche Band mit seinen 324 Seiten erinnert in nichts an die bekannten Buchgebirge der Antikezeit; Wort, Text- und Klischeebild sind tadellos und völlig frei von den heute so beliebten Ausschmückungen. Würdig und solid wird das Buch für seine Herstellerzeugen. Der Preis von 40 M für das gebundene und von 30 M für das ge-

heftete Exemplar (freilich ohne Sortimenteraufschlag) ist sehr gering; so darf man hoffen, daß dies bald in jedem badischen Haus und darüber hinaus überall da zu finden, wo man die deutschen Meister nicht nur mit gelegentlichen Worten ehrt.

Gegen Alkohol und Tabak. Die Professoren Gamp (Lübingen), Kraepelin (München), Abderhalden (Galle a. S.) und Strümpell (Leipzig), wenden sich in einem Aufruf gegen Alkohol und Tabak an die deutsche Ärzteschaft, der mit den Worten schließt: 'Tretet dem Irrtum von der kraftpendenden Bedeutung des Alkohols, der Unentbehrlichkeit des Tabaks sowie dem trügen und frivolen Reichthum der breiten Massen unseres Volkes entgegen, damit uns Ärzten bereinigt der Vorwurf erspart bleibe, daß wir in den schwersten Jahren unseres Volkes unsere Pflicht gröblich verletzt haben!'

In der Rektorswahl der Berliner Universität wurde der berühmte Physiker Geheimrat Professor Dr. Kernitz zum Rektor gewählt. Die Wahl unterliegt noch der Bestätigung durch das Ministerium.

Kleines Feuilleton.

Abstraktionsstudien. Luftbomben gegen Kriegsschiffe. Die Versuche der Entente, die sich mit der Wirkung von Fliegerbomben auf Kriegsschiffe beschäftigen, für die die Schiffe der Mittelmächtige billiges Material abgeben, werden jetzt von Frankreich fortgesetzt. Das Ziel war diesmal das frühere österreichische Schlachtschiff 'Prinz Eugen'. Das Flugzeug verzeichnete einen Treffer mit einer 410 Kilogramm-Bombe; sie durchschlug die vier Decks des Schiffes und platze im Innern. Schleppe mit kräftigen Pumpwerken verhielten das Sinken des Schiffes; es soll in Dord gebragt werden, damit dort die Wirkung der Bombe genau untersucht werden kann.

Marken-Hochst. Nie zuvor sind auch nur in annäherndem Ausmaß so viel neue Marken

herausgegeben worden, wie seit dem Ende des Weltkrieges. Allein in der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. Mai 1921 sind nach zuverlässiger Berechnung annähernd 19 000 neue Briefmarken ohne Berücksichtigung der Marken bekannt geworden.

Die Photographie in der Theaterloge. Die neuen Reichen in England haben eine neue Mode beim Photographieren ins Leben gerufen, die ihrer Eitelkeit und ihrem Geschmack besonders zuzufügen. Sie lassen sich nämlich in einer Theaterloge aufnehmen, um dadurch zu zeigen, welche eifrige Besucher dieser Kunstinstitute sie sind. Die Theaterloge aber, die einen so würdigen und stillvollen Rahmen für diese Herrschaften bietet, befindet sich natürlich nicht im Theater, sondern sie ist mit großen Kosten in dem photographischen Atelier aufgebaut. Ein Londoner Photograph, der von diesem neuesten immer mehr in Aufnahme kommenden Trick berichtet, erzählt zugleich, daß die Herren seiner Kundschaft sehr viel eiliger seien als die Damen und verlangen, daß ihre wenigen Haare recht deutlich auf dem Bilde zu sehen sind und keine Einzelheit ihres eleganten Anzuges fortbleibe.

Ein herrenloses Schiff. Im Jahre 1919 lief ein großer Dreimastsegler von 1755 Brutto-Registertonnen namens 'Erato' in den Stockholmer Hafen ein und nahm Ladung für Alexandria, wofür das Schiff in Charter für eine finnische Gesellschaft gehen sollte. Es lief aber niemals aus und liegt noch heute im Hafen von Stockholm. Niemand weiß, wem der schöne Segler eigentlich gehört. Damals war ein in Hadersleben wohnender Deutscher Eigentümer. Hadersleben wurde dänisch, aber die 'Erato' konnte nicht die dänische Flagge hissen und in See gehen, denn die Entente erhob Anspruch auf sie. Interessenten fanden sich dafür sowohl in Schweden wie in Finland. Jetzt soll der Segler zwarswasweise an den Weißbrotenden veräußert werden; aber niemand weiß, wem das Schiff eigentlich gehört. Sachverständige schätzen es heute auf 200 000 schwedische Kronen, ungerechnet die Ladung, während es vor kurzer Zeit noch eine halbe Million wert war.

Kaufant, für die Betroffene allerdings weniger ein Ueberraschungsmoment, wie es sonst im Aufstiege gebietet wird. Sibt da auf der Höhe. Bei der Verlesung der Personalien werden nun folgende Jungfrau zu ihrer erlebten Bestätigung vernehmen, daß dem sogenannten Brautigam irgendwo in einem trauten Familienheim eine hohe und durchaus gelesene Frau gezeugt. Er war nämlich als ledig mit seinen freigeiprochen; aber man darf vermuten, daß die fatale Entscheidung ihr dadurch nicht voll und ganz gemacht worden ist.

In einem Prozeß trat auch ein offenkundiger Angelegenheitsgewinnler auf, der mit Millionen nur so umzugehen zu können schien. Er schien einem Bild von Gulbranzen nicht los werden, daß jeden Augenblick ein Boot in zwei Balken aus dem Fragen und der Bewusstheit la la J. D. Engl selig aus dem das Vorbringen immer melancholischer. Es ist eine unerklärliche Erscheinung in der Schöpfung, daß nur diese Typen so erkennliche und anderen geistigen oder schwerlichfindenden Menschen findet man dieses Bett-Phänomen niemals. Sollte am Ende doch hienieden der Welt die wesentliche physiologische Rolle wie-

Die „Karlsruhe“ im Weltkrieg.

Beleeres Material zur Kriegsbeurteilung.

In nachfolgendem geben wir einiges Nähere über die Tätigkeit des kleinen Geschützes „Karlsruhe“ im Jahre 1914 wieder. Das Schiff lief im November 1912 mit einer Geschwindigkeit von 20 Seemeilen und lief mit einer Geschwindigkeit von 12-10 1/2 Seemeilen 1/45. System Krupp und verlegte über 2 bis 3 S-Torpedobombe. Sein Kohlenvorrat betrug 1000 Tonnen. Für 20 000 Werdestärke mit Turbinenantrieb. Die Besatzung hatte eine Gesamtpersonalstärke von 373 Mann.

In seinem Buche „Wie England den Krieg vorbereitete und durchführte“ *) gibt Admirat Bullrich-Berlin im wesentlichen eine freie Nach-erzählung des Wertes des englischen Marine-Verständigen Admirals Hurd über die Vorbereitungen und Leistungen der englischen Handelsflotte vor und im Weltkrieg, das dieser im Auftrage des englischen Reichswehrministeriums auf Grund englischer Akten fürzlich veröffentlicht hat. Diese Hurd'schen Darstellungen sind höchst scharf geschrieben und können mit dem erwähnten Bullrich'schen Buche nicht nur denen empfohlen werden, die durch Organisation, wie der deutsche Seeverein (der sich bekanntlich die Pflege der Interessen für das gesamte deutsche Meer, den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, des Seehandels und der Seefischeri zum Ziele gesetzt hat) und besondere Interessen auf das Studium dieser Literatur Wert legen.

Mehr als alle bisherigen deutschen Veröffentlichungen beleuchtet der englische Bericht die Leistungen unserer Flotte zu Beginn des Krieges. Bedeutenswert sind die vielfach zum Teil ungenutzten Anerkennung unserer ehemaligen Gegner über unsere deutsche Seekriegsführung, aus denen hervorgeht, wie trotz aller von England seit 1905 betriebenen umfassenden Vorbereitungen für den Krieg der deutsche Kreuzer-, U-Boot- und Minenkrieg nicht nur die englische Admiraltät mehr als einmal in hilf- und ratlose Lage brachte, sondern auch die Nachmittels aus äußerster Notwendigkeit und die Volkswirtschaft in kritischer Weise bedrohte. Die englischen Darstellungen müssen zeigen, daß von Völkerrechts-Verletzungen der deutschen Seekriegsführung zu Beginn des Krieges die englischen Akten nichts wissen, sondern daß aus allen Protokollen hervorgeht, wie es unseren Kommandanten immer wieder gelungen ist, alle Schwierigkeiten zu überwinden und trotzdem ihre Aufgaben mit ritterlichem Verhalten gegen die feindlichen Besatzungen, soweit die eigene Sicherheit es nur irgend zuließ, zu vereiteln. Gerade jetzt, wo die Leistungen unserer Marine durch spätere Ereignisse zu verdunkeln versucht werden, als die zunehmende Erbitterung die Art der Kriegsführung auf beiden Seiten beeinflusste, ist es denkbar zu begründen, daß die kühnen Taten der Kommandanten und Besatzungen, selbst im Dichte feindlicher Darstellungen, der verdienten Anerkennung zugeführt werden, Taten, die auch durch Revolution und Leipzig nicht zu schmälern sind.

Die Objektivität des Verfassers, der selbst nicht in unmittelbaren Beziehungen zu der Marine stand, bildet einen bei der Bewertung des Buches nicht zu unterschätzenden Vorteil. Aus dem Inhalt selbst dürfte unsere Leser das Kapitel interessieren, das von dem deutschen Kreuzerkrieg handelt. Wir geben einen Auszug aus diesem Abschnitt wieder, in dem Admiral Hurd sich über die Leistungen der „Karlsruhe“ folgendermaßen äußert: „Die deutsche „Karlsruhe“ hat die Admiraltät lange Zeit stark beunruhigt. In Westindien und in den südamerikanischen Gewässern, überall wurde sie gemeldet. Ihre Fahrten finden in der Geschichte des Handelskrieges nicht ihresgleichen und bilden ein Beispiel dafür, was selbst eine schwache Seemacht gegen eine stärkere zu leisten vermag.“

Am 6. August hatte sie sich dem Geschwader des Admirals Cradock in Westindien entzogen. Am 18. August tauchte sie südlich von Barbados auf. Der Dampfer „Doves Castle“, 4650 Tonnen, der Lancashire-Schiffbau-Gesellschaft hatte am Tage des Kriegsausbruches Montevideo mit der Bestimmung Neuport verlassen und drei Tage später vom britischen Kreuzer „Glasgow“ die Anweisung erhalten, unmittelbar nach Neuport zu fahren, die gemündliche Fahrtrasse zu meiden und die Sichter abzuhängen. Der Kapitän Howe schickte bald in einer Entfernung von etwa 10 Meilen ein unbekanntes Kriegsschiff unbekannter Nation. Anfangs legte er dem Vorfalle keine Bedeutung bei, bald jedoch erkannte das Schiff einen Warnungsschiff. Man erkannte die „Karlsruhe“. Der übliche Vorgang wiederholte sich wie bei jeder Auperung. Der englische Dampfer wurde versenkt, die Besatzung an Bord des deutschen Begleitschiffes „Patagonia“ gebracht. Am 21. August übernahm die „Karlsruhe“ vor der Mündung des Amazonasstroms von der „Patagonia“ Kohlen. Sechs Tage später wurden die englischen Seelen auf den Kohlendampfer „Stadt Schleswig“ überführt und schließlich am 2. Dezember bei Maharan gelandet.

Am 31. August, 5 Uhr nachmittags, wurde der Dampfer „Strathroy“, 4680 Tonnen, der sich mit einer großen Kohlenladung auf dem Wege von Norfolk in Virginia nach Rio de Janeiro befand, von der „Karlsruhe“ eingeholt, gezwungen, ihr zu folgen und schließlich bei den Rocas-Inseln zu ankern. Als ein Prisenkommando an Bord erschien, protestierte der Kapitän vergebens. Sämtliche Kohlen wurden von der „Karlsruhe“ übernommen, die Besatzung angewiesen, das Schiff zu verlassen. Das Fahrzeug selbst wurde versenkt. Kurz darauf wurde der Dampfer „Maplebranch“, 4398 Tonnen, auf der Fahrt von Liverpool nach Chile von der „Karlsruhe“ überholt und mit seiner wertvollen Ladung von Vieh im Werte von 4000 Pfund versenkt. Kapitän und Besatzung brachte man an Bord der die „Karlsruhe“ begleitenden „Aresfeld“.

In der zweiten Hälfte des September wurden noch 4 große Schiffe, die „Highland Hope“, 5150 Tonnen, „Andrani“, 5706 Tonnen, „Cornish City“, 316 Tonnen, und „Rio Jandari“, 3817 Tonnen, kurz hintereinander aufgebracht. Die

*) Otto Glöner, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin

„Andrani“ trat unter dem neuen Namen „Hoffnung“ zur „Karlsruhe“, die anderen drei Schiffe wurden versenkt. Sämtliche englischen Besatzungen wurden an Bord der „Aresfeld“ gebracht; sie folgten der „Karlsruhe“ in einem Abstand, so daß sie jederzeit mit ihr in Verbindung treten konnten.

Besonderes Interesse verdient der Bericht des Kapitäns Vethke der „Cornish City“, der mit seiner Besatzung an Bord eines Begleitschiffes der „Karlsruhe“, der „Rio Negro“, gebracht wurde und dort außergewöhnlich liebenswürdig aufgenommen wurde: „Wir bereits betont, wurden wir an Bord der „Rio Negro“ außerordentlich freundlich behandelt und so gut versorgt wie nur irgend möglich. Der Dampfer bot Raum für 60 Fahrgäste 1. und 2. Klasse. Mit Ausnahme des Heizpersonals erhielten wir alle Kabinen 1. Klasse. Man dachte nicht daran, uns als Kriegsgefangene zu betrachten, sondern behandelte uns vollkommen wie Passagiere 1. Klasse. Jeder einzelne an Bord bemühte sich, es uns so behaglich zu machen wie nur irgend möglich. Am Abend spielten wir im Salon Karten und Schach mit den Offizieren des Dampfers und vertrieben uns so die Zeit. Am Tage beschäftigten wir uns mit Vorlesungen. Heute starb unser Schiffsarzt. Der Arzt der „Aresfeld“ kam sofort, konnte aber nichts mehr tun. Wir besahteten unseren Arzt in einem Koffer, bedeckt mit einer deutschen Flagge und versenkten ihn in die See. Tatsächlich leben wir wie im Hotel. Wir tun nichts als essen, schlafen und trinken. Zweifelslos geht es uns besser als den Leuten an Bord der „Aresfeld“. Wir haben alles und vom Besten, frische Vorräte und frisches Obst jeden Tag, und können soviel trinken, wie wir wollen. So können wir uns nicht beklagen. Aber gegen Seimweh muß selbst das beste Essen nichts. Am 8. Oktober erhielten die an Bord der „Rio Negro“ untergebrachten englischen Besatzungen den Befehl, sich an Bord der „Aresfeld“ zu begeben. Am 13. Oktober, 4 Uhr nachmittags, wurde schließlich die „Aresfeld“ mit etwa 350 englischen Offizieren und Mannschaften sowie Passagieren gefangener englischer Schiffe mit dem Signal „Entlassen. Wünsche gute Reise!“ freigegeben.

In der nächsten Zeit gelang es der „Karlsruhe“, noch die „Glanton“, 3021 Tonnen, „Hurdale“, 2752 Tonnen, und die „Bandha“ mit 10 328 Tonnen zu fapern. So hatte die „Karlsruhe“ auf ihren Fahrten zahlreiche englische Handelschiffe aufgebracht und überall große Bestürzung hervorgerufen. Im ganzen hatte sie nicht weniger als 10 000 Tonnen Kohle genommen und sich wochenlang an den Vorräten und Lebensmitteln feindlicher Schiffe genährt. Der englische Historiker aber schließt seinen Bericht mit den Worten: „Die Deutschen behandelten die englischen Besatzungen stets mit großer Höflichkeit. Sie gaben den Offizieren der Handelsmarine in allen Fällen ihr gesamtes Eigentum einschließlich Gewehre und Revolver zurück.“

Am 6. August traf der Admiral Cradock, der seine Flagge auf dem Kreuzer „Suffolk“ gesetzt hatte, den „Kronprinz Wilhelm“ 120 Seemeilen nordöstlich der Watlinginseln in Westindien, als er gerade im Begriff war, von der „Karlsruhe“ Gefährde und Gefährdung an Bord zu nehmen. Vor die Wahl gestellt, gegen welches Schiff er sich wenden sollte, wählte der englische Admiral das Kriegsschiff als Angriffsziel. Mit Vollkraft fuhr die „Britol“ hinter der „Karlsruhe“ her und funkte den bewaffneten Kreuzer „Berwick“ an. Die „Karlsruhe“ war aber schneller als beide englische Verfolger und entkam.

Auch aus diesen Schilderungen ersehen wir, in welcher Art wir Deutsche Krieg geführt haben, zu einer Zeit, als noch traditionelle Ritterlichkeit und menschliches Empfinden das Kampfsfeld beherrschten. Erst als französische Hinterlist und gallischer Subdismus im Verein mit englischer Brutalität, beides gefügt auf die reichen Erfahrungen in langjährigen Kolonialkriegen und genährt durch die Heranziehung farbiger Truppen der Kriegsführung den Sempel aufzudrücken begannen, da wurde es auch dem Deutschen klar, um welchen Preis er kämpfte. Immer aber blieb uns — und daran ändern auch einzelne Annahmen nichts, als Vorkriegs unserer Kampfmethode das Bewußtsein, daß wir nicht nur unser Leben und unsere völkische Existenz, sondern auch unsere nationale Ehre verteidigten. Diese Tatsache aus der Welt zu schaffen, wird den Feinden nicht gelingen, und wenn sie sich noch so sehr bemühen, ihr das Gegenteil zu beweisen.

Aus Baden.

Jahresbericht über die badischen Staatseisenbahnen.

Die Eisenbahngeneraldirektion gibt joesen den Jahresbericht für die Staatseisenbahnen in Baden für den Zeitraum von 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 heraus. In dem Bericht lesen wir, daß sich die Eigentumslänge der badischen Bahnen in dem genannten Zeitraum gegenüber dem Jahr 1918 nicht geändert hat; sie betrug rund 1880 Kilometer. Der Bauaufwand betrug 1919/20 rund 27,2 Millionen Mark gegenüber 8,8 Millionen Mark im Jahre 1919. Für Fahrzeuge wurden von diesem Betrag etwas über 11 Millionen (1918: 5,3 Mill.) aus-gegeben. Eine starke Steigerung hat die Zahl der Beamten und Arbeiter erfahren; wäh- rend 1918 30 508 Beamte und Arbeiter bei den badischen Bahnen beschäftigt war, ist diese Zahl 1919/20 auf 43 722 gestiegen. Selbstverständlich hat sich auch der Aufwand für Beamte und Arbeiter erhöht, zumal in dem genannten Zeitraum die Feuerung in ganz erheblicher Weise fortgeschritten ist. Im Jahre 1918 wurden für Beamte und Arbeiter 85,4 Millionen Mark, im Zeitraum 1919/20 232,6 Millionen Mark ausge-wendet. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Wohlfahrtsarbeiten (einschließlich Ruhe-gehälter), die sich von 26,6 Millionen im Jahre 1918 auf etwas über 103 Millionen Mark für 1919/20 steigerten.

Die großen Ausgabesteigerungen waren von erheblichem Einfluß auf das gesamte Rechnungswesen der badischen Bahnen, die auf 31. März 1920 mit einem Fehlbetrag von 154 762 775 Mark abschloßen, gegenüber einem Fehlbetrag

von 11 798 163 Mark am Ende des Jahres 1918. Die gesamten Einnahmen waren von 171 986 045 Mark im Jahre 1918 auf 417 502 695 Mark am Ende des Rechnungsjahres 1919/20 ge- stiegen und die Gesamtausgaben von 188 729 208 Mark Ende 1918 auf 572 265 470 Mark Ende März 1920.

Seit dem Jahre 1840, in dem die erste badische Eisenbahnlinie Mannheim—Heidelberg in Ver- trieb genommen wurde (12. Sept. 1840) bis Ende März des Jahres 1920 betragen die Einnahmen der badischen Staatseisenbahnen 3 833 319 281 Mark und die Ausgaben 2 949 555 125 Mark, so- daß sich ein Ueberschuß von 883 764 156 Mark er- gibt. Bemerkenswert ist auch, daß erst im Jahre 1918 sich bei den badischen Bahnen die Fehlbeträge einstellten, während sie noch im Jahr zuvor (1917) ein Betriebsüberschuß von 42,8 Millionen erbrachten.

Mit dem 31. März 1920 schließt das letzte Jahr des Staatsbetriebs der badischen Eisenbahnen ab; von diesem Tage an gingen sie in die Verwaltung des Reiches über.

Im einzelnen sei noch die Unfallstatistik erwähnt: Nach dem Bericht haben sich vom 1. Jan- uar 1919 bis 31. März 1920 auf den badischen Bahnen 42 Entgleisungen und Zusam- menstöße ereignet, davon neun auf freier Bahn und 33 in Stationen. Das Leben verloren dabei 13 Reisende und 30 Bahnbedienstete, sowie 17 Selbstmörder. Verletzt wurden 48 Reisende und 68 Bahnbedienstete.

Anschließend an den Bericht ist der Jahres- bericht über die badische Dampfschiff- fahrt auf dem Bodensee vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920. Die Gesamteinnahme betrug rund 1 198 031 Mark, die Gesamtausgabe 1 715 677 Mark, so daß von der Staatschiffenver- waltung eine Mehrausgabe von rund 517 646 Mark zu deduzieren war. Mit badischen und den am Gemeinschaftsbetrieb beteiligten Schiffen anderer Verwaltungen wurden in dem geman- nten Zeitraum 1 778 364 Personen befördert.

Das Brandunglück in Öffingen.

Amlich wird uns mitgeteilt: Das Staats- ministerium hat beschlossen, für die Brand- geschädigten in Öffingen 40 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Es soll damit der drin- gendsten Not in dem schwer heimgelegten Orte begegnet werden.

× Forstheim, 6. Aug. Im neuen Enzbad gab es kürzlich eine kleine Revolution. Es war Frauenbadetaa, aber auch die Männer wollten baden und mit Gewalt drangen sie in das Bad ein, das im Augenblick zu einem Ka- mellenbad umgestaltet war. Der Stadtrat hat sich jetzt der Notlage aneignet und hat ver- fügt, daß von jetzt ab drei Tagen der Woche gemeinsames Bad zugelassen wird.

× Mannheim, 6. Aug. Die 1400pfige Ein- brecher- und Diebstahlbande erschien in einer der letzten Strafkommissionen auf der Anklagebank. Der Anführer der Einbrecher- gesellschaft war der Schloffer Fritz Petry aus Oberfeld, der mit gleichgesinnten Diebstahlgel- lerten verschiedene Einbruchsdiebstähle verübte. Zu den Einbrechern gehörte auch der Schneider Wilhelm Dittol aus Oberfeld, der vor einigen Wochen bei einem Fluchtversuch auf dem Mann- heimer Marktplatz von einem Baufmeister er- griffen worden ist. Die Strafkammer verurteilte den Petry zu 4 Jahren Zuchthaus. Einige der Helfer erhielten mehrere Monate Ge- fängnisstrafen, während acht Angeklagte freige- sprochen wurden.

× Mannheim, 6. Aug. Die Milchverfor- gung der Stadt Mannheim ist in der letzten Zeit stark zurückgegangen und zwar in den lech- ten acht Tagen um nicht weniger als 20 000 Li- ter. Die Ursache für die knappe Milchbeliefe- rung liegt in der unheilvollen Dürre und fer- ner in dem starken Milchverbrauch auf dem Lande während der Ernte.

× Mannheim, 6. Aug. Beim Baden sind ertrunken der Schloffer Franz Eidel und der 18jährige Telearambesteller Eugen Schä- fer.

a. Weinsheim, 5. Aug. Die Deutsche Den- drologische Gesellschaft traf heute mer- gens aus Heidelberg hier ein und suchte nach Ver- grüßung durch Bürgermeister Huegel die hie- sigen an exotischen Gewächsen reichen Parkan- lagen. Unter Führung des hiesigen Forstmei- sters Wendt begaben sich die 200 Teilnehmer in den Kastanienwald und nahmen die umfang- reichen Koniferenanpflanzungen des Grafen Vertheim in Augenschein. Wenn Darmstadt und Heidelberg auch außerordentlich vieles an seltenen Exemplaren schöner ausländischer Bäume und Gehölze aufweisen, so ist doch der giesige Koniferenwald das einzige Beispiel da- für, daß sich eine Reihe ausländischer Holzarten bei uns auch forstmäßig anbauen lassen, wobei der Beweis eines überlegenen Holzwertes na- mentlich bei den Wellingtonien, Kananazedern, Douglasfichten usw. abbracht anzusehen ist. Dieses Ergebnis der Weinsheimer Besichtigung durch Sachverständige ist um so bemerkenswer- ter, weil in letzter Zeit wieder Stimmen dage- gen laut wurden, daß Versuche mit dem Anbau ausländischer Holzarten in den Waldungen der Dendrologischen Gesellschaft, die Gehölze der ganzen Welt auf ihre Anbaumöglichkeit in Deutschland zu prüfen. Nachmittags begaben sich die Teil- nehmer nach Schwesingen, um den dortigen Schlossgarten zu besichtigen.

5. Baden-Baden, 6. Aug. Im großen Saale des Rathhauses fand gestern abend unter dem Vorsitz des Oberbürgermeister Fieser eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, bei der eine umfangreiche Tagesordnung zur Ver- ratung vorlag. Zuerst wurde der städtische An- trag, für den Ausbau der Stromverfor- gung der Gemeinde Dos 1 600 000 Mark, und für die Stromverjorgung der Stadtteile Ober- beuern und Geroldsau 2 350 000 Mark, zu be- werten, beraten und einstimmig angenommen. Bei dieser Gelegenheit freiste der Vorsitzende auch die Frage der Eingemeindung von Dos und betonte dabei, daß diese Angelegenheit jetzt von Dos aus in Auf gebracht werden müsse und daß Baden-Baden erst dann wieder an Verhandlungen herantreten werde, wenn Ga-

rantien dafür vorhanden seien, daß die Frage wirklich spruchreif sei, nachdem die bisherigen Verhandlungen jemeits gescheitert seien. Ge- nehmigt wurden sodann zwei weitere Anträge über Umbau der Heizungsanlage in der Un- zenthschule mit einem Aufwand von 126 000 Mark, und über die Regelung von Bezügen der Ruhe- gehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Eine längere Aussprache löste der Antrag aus, welcher sich mit dem Dienstvertrag des Stadtbaurats Fr a h m beschäftigte. Fr a h m, in dessen Händen die Leitung unserer Gas-, Wasser- und Elektri- zitätswerke liegt und der seit 17 Jahren in die- ser Stellung erfolgreich tätig ist, war aus Krei- sen der Privatindustrie unter glänzenden Be- dingungen eine leitende Stellung angeboten wor- den; um diese bewährte Kraft dem Dienste der Stadt zu erhalten, war der Antrag gestellt wor- den, die Bezüge Fr a h m s um etwa 16 000 Mark jährlich zu erhöhen. Von Seiten des Zentrums sowohl wie der Sozialdemokratie wurden Stim- men gegen den Antrag laut, doch wurde er schließ- lich mit 54 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimment- haltungen angenommen. Einstimmige Annahme fand der Antrag, für das Jahr 1921 eine Um- lage von 67 Pfennig für 100 Mark Steuer- wert des Liegenschafts- und Betriebsver- mögens, und zwar vorbehaltlich der endgiltigen Steuerfestsetzung bei Feststellung des Haushalts- plans, zu erheben.

× Bühl, 6. Aug. Obgleich die Obstrohkhänd- ler den Erzeugerpreis für Früchtemitteln auf 2 Mark und 2,30 Mark ab Bahnhof Bühl fest- gesetzt hatten, wurden in den letzten Tagen noch wieder Preise bis zu 2,50 Mark bezahlt. Der Grund dafür ist in dem wilden Händlertum zu suchen, das sich immer mehr breit macht. Tä- lich werden bis zu 120 Eisenbahnwagen Obst am Bühl Bahnhofs anfaceliefert.

× Emmendingen, 6. Aug. Erst jetzt läßt sich der ungenügende Schaden übersehen, den das schwere Hagelwetter am letzten Mittwoch auf der Gemarkung Freiamt und Reichenbach aneuerichtet hatte. Die Ernte war ja allfährer- weise schon unter Dach und Fach, daeeren wur- den die Obstbäume derart mitgenommen, daß sie überhaupt keinen Ertrag mehr bringen werden. Die Kartoffeln wurden vielfach von den Regen- massen samt dem Boden weggeschwemmt. Die von dem Unwetter Betroffenen werden kaum ihren eigenen Bedarf decken können.

× Freiburg, 6. Aug. Das Landgericht Freiburg hatte seinerzeit zwei Luxemburgische Staatsangehörige, die belgische und französische Silberfranken nach der Schweiz schmuggeln wollten, zu je 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die beiden Beurteilten sind gestern nachmittags aus dem hiesigen Amtsgefängnis ent- wichen und in einem vor dem Gefängnis- portal haltenden Kraftwagen über die Rheinbrücke nach dem Elsch entkommen. — In der Nacht der drei wegen Silberfranken- wahl in hiesigen Amtsgefängnis inhaftierten Gefang- nten wird noch berichtet, daß die Nacht am heilich- sten Tage vor sich glnz. Während die Gefan- genen unter Aufsicht eines Aufsehers im Gefäng- nis hof arbeiteten, eilte der Aufseher nach einer Mauer an der Dampf ausströmte. Unterdessen verließen die Sträflinge, die Zivilkleider an- hatten und auch Nachschlüssel besaßen, in aller Ruhe das Gefängnis, besaßen ein schon vor dem Tore stehendes Auto und fuhren nach Breisach. Da sie auch schon mit Pässen versehen waren, so kamen sie ungebändert in das Elsch. Als aus Freiburg in Breisach die Drahtnachricht einkam, die Grenze gegen jedes verdächtige Auto abzusperren, waren die Flücht- linge bereits in Sicherheit.

× St. Georgen im Schwarzw., 6. Aug. Das hüfreg Schützen des Landwirts Haberstroh auf dem Hohenbühl fiel in einen Weiser und ertrank.

× Geisingen bei Donaueschingen, 6. Aug. Ein schweres Hagelwetter richtete auf den reifen Ge- treidefeldern großen Schaden an. Weizen und Hafer sind teilweise total vernichtet. Der das Unwetter begleitende Sturm war derart heftig, daß beladene Gartenwagen umgeworfen wurden.

× St. Blasien, 6. Aug. Die vor wenigen Tagen als gestohlen gemeldete Sandtasche mit einem Inhalt im Werte von gegen 500 000 Mark ist wieder beigebracht. Die Tasche war nicht gestohlen, sondern versehentlich auf einen anderen Kraftwagen aufgeladen worden.

× St. Blasien, 6. Aug. In der Nähe von Ties- senhäusern fuhr der Landwirt Ernst Vockha- ler von Häusern bei der Dunkelheit in vollem Tempo mit seinem Rad in ein Fuhrwerk. Hier- bei drang ihm die Deichsel in den Unterleib und führte den Tod des Verunglückten herbei.

× Gallingen bei Bruch, 6. Aug. Die Eisen- bahnerkantine nimmt seit einiger Zeit ihre Fleischschlachung selbst vor und verkaufte das Hund Fleisch zu 6,50 Mark. Daraufhin hat ein hiesiger Metzgermeister den Fleischpreis auf 6 Mark herabgesetzt.

Aus Nachbarrändern.

× Gießen, 5. Aug. Das frühere Kriegs- gefangenelager und spätere Durchgangs- lager auf dem Exerzierplatz bei Gießen wurde von der Stadt Gießen zum Preise von 1 300 000 Mark vom Reichsfinanzministerium erworben. Die Darle- sen sollen zur Wohnungsbauten verwen- det werden.

Schule und Kirche.

Vollkommissions- und Evangelisationsarbeit.

Vom 19. bis 22. September findet auf der Charlottenruhe in Ferrenalb ein Kurs über Vollkommissions- und Evangelisationsarbeit statt, den Pastor H. C. Füllkrug von Berliner Zentralauschuß leiten wird. Vom 3. bis 6. Oktober, ebenfalls auf der Charlottenruhe ein Kurs für Pfarrfrauen, Pfarrtöchter und Pfarr- bräute, für den Frau Pfarrers Heitshus ihre Mitwirkung zugesagt hat.

Stoffern

und andere funktion. Stim- mungen werden, befindet durch B. Baden. Diebstahl. 25. Erdbreit: Mo. u. Do. 8-1.

Verordnung.

Die Verordnung über die Beleuchtung der Straßen...

Bekanntmachung.

Nachstehend werden die mit Zustimmung des...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Nachstehend werden die mit Zustimmung des...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Die neuen Damenhut-Modelle für die Herbst- und Winterzeit sind eingetroffen...

Die Liebe des jungen Stillfried.

Roman von Hermann Wagner. Wenn er nur würde! seufzte die Anebeln...

Für den Neubau von 30 Beamtenwohnungen...

Bekanntmachung. Mit Wirkung vom 5. August 1921 gelten für...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Nachstehend werden die mit Zustimmung des...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Die Gemeinde Mankfeld verleiht am 1. September 1921...

Städt. Freibank Fleischabgabe.

Montag: nachmittags von 2-3 Uhr, Nr. 2150-2250.

Städt. Freibank Fleischabgabe. Montag: nachmittags von 2-3 Uhr...

Zielf. Versteigerung. Die Gemeinde Neudorf...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Nachstehend werden die mit Zustimmung des...

Table with columns for item description and price, listing various goods and their costs.

Die Gemeinde Mankfeld verleiht am 1. September 1921...

Umzüge.

mit Möbelwagen und Rollen bedingt mit eigenem Fahrer...

LEIPZIGER MUSTERMESSE MIT TECHNISCHER MESSE U. BAUMESSE. Der Zentralmarkt für den internationalen Warenaustausch...

Soziale Frauenschule des Bad. Frauenvereins in Karlsruhe.

STADTGARTEN KONZERT (Musikverein Karlsruhe). Sonntag, den 7. August, nachmittags 1,5-1,8 Uhr.

STADTGARTEN GROSSES KONZERT (Musikverein Harmonie). Dienstag, den 9. August 1921, abends 8 bis 11 Uhr.

Erich Bühler Bankgeschäft. Karlsruhe i. B., Kreuzstraße 4.

Velour - Filz - Haar. Firma R. Dickten. Erstes Spezialhaus in Neu- und Umformen von Hüten aller Art.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Rigaer Messe und das lettische Wirtschaftsleben.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

In Riga ist am 31. Juli eine internationale Landwirtschafts- und Industrieausstellung eröffnet worden, die auch für unsere Transitzonen von sehr weitem Interesse sein kann. Aus diesem Anlaß unterbreiten wir unseren Lesern zunächst einmal eine Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Situation Lettlands.

Während den andern baltischen und sonstigen Anhängen verdankt Lettland seine Existenz dem ebenen Zusammenbruch des russischen Reiches. Daran ändert die Tatsache nichts, daß nach dem Ausbruch des Weltkriegs die lettischen Abteilungen in der russischen Reichsduma und die lettische Presse mit am bestigsten in die Dromedare der unverbrüchlichen Treue zum „verachteten Jaren“ und zum russischen Reich stießen, die sie am weitesten gegen die „deutsche Verwahrlosung“ Lettlands eiferten und im Uebermaß ihrer wahrhaft russischen Gefinnung vier national-lettische Bataillone formierten, die das engere Vaterland vor dem drohenden Zugriff der verhassten Deutschen schützen sollten.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die besagten lettischen Abgeordneten der russischen Reichsduma und die lettische Presse heute jede Mahnung an jene Zeit als vergeblich aufpassen würden. Die lettischen Abteilungen, die sich bei der Einnahme Riga durch die Deutschen hatten, gehörten zum Haupt der Armeen Radko-Dimitriew und der anagrammatischen Plünderer des eigenen Landes, wonach sie die Leibgarde Lenins und die „Kommunisten“ bildeten und nunmehr tiefreue in die Heimat zurückgekehrt sind, deren Kriminalität sich nur in Sowjetrußland gewonnenen Erfahrungen in bemerkenswerter Kürze auf eine beachtenswerte Refordhöhe gebracht haben.

Die von Kerenski proklamierten Grundzüge der Autonomie der einzelnen Völkerschaften Lettlands veranlaßten eine Anzahl von lettischen Partien, der Idee der Gründung des lettischen Staates näherzutreten, doch ließen die Russen sich vorüberhand nicht verwickeln, da sie Lettland währenddessen von den deutschen Truppen okkupiert worden war. Erst im Herbst 1918 bereitete weit fortgeschrittene Aufständische des Traums. Der lettische Staat, an dessen Spitze der Ministerpräsident Uspenski trat und dessen souveräne Gewalt durch einen „Volksrat“ repräsentiert wurde, wurde am 18. November 1918 unter dem Namen deutscher Waffen proklamiert.

Dem jungen Staat war jedoch zunächst nur eine Dauer beschieden. Als die letzten deutschen Truppen in den ersten Januartagen 1919 in Lettland die Ordnung abgaben, folgte ihnen die lettische und lettische Volkswirtschaft auf dem Fuß. Die lettische Regierung, die weder die Truppen noch Waffen verfügte, und ein Teil des Volksrats zog sich nach Sibau zurück, wo sie vor dem Ansturm der Volkswirtschaften der lettischen Truppen unter General von der Lottowitz wurden. Bis endlich im Mai 1919 die Volkswirtschaften von General von der Goltz aus Ostland und Ostland vertrieben wurden, wurde dem Land nun umso mehr Sicherheit und Ruhe winkte, als eine neue deutsch orientierte Regierung unter dem Ministerpräsidenten Uspenski formiert worden war. Wenn von lettischer Seite immer wieder betont wird, daß die lettische Volkswirtschaft von den Volkswirtschaften, die in der kurzen Zeit ihrer Herrschaft furchtbare Verwüstungen angerichtet hatten, durch lettische Maßnahmen erholte sei, so ist das eine Fälschung der Tatsachen, denn die Letten verfügten damals über eine Wehrmacht von kaum tausend Mann. Der Verdienst der Befreiung des Landes fällt ausschließlich den deutschen Truppen und der lettischen Bataillone bestehende baltischen Landeswehr an.

Währenddessen hatten sich jedoch Uspenski und der Minister, so der damalige Innenminister Uspenski, ein außerordentlich feiner Kopf, der die Entente, insbesondere mit England in Verbindung gebracht, die die deutschen Truppen aus dem lettischen Raum des Landes wana. Uspenski konnte nun, nachdem die fürstliche Verfassung Lettlands Letten und Lettland, b. h. der lettischen Volkswirtschaften bewohnte Teil des russischen Gouvernements Witsebi („Polnisch-Litauen“) von dem Joch des Bolschewismus befreit worden war, an den Aufbau und Ausbau Lettlands schreiben. Der Volksrat löste sich im Herbst 1920 auf und übernahm seine Geschäfte die lettischen Volkswirtschaften im Dezember dieses Jahres in die Hände eines aus 100 Köpfen bestehenden Parlaments legen soll.

Der lettische Staat ist, wie man sieht, unter ungemein verwickelten und schwierigen Umständen entstanden und seine politischen Verhältnisse entstanden und seine Existenz, noch immer an einem sehr dünnen Scherhaufen aus dem Weg geräumt zu sein, so machen sich die wirtschaftlichen Katastrophen, aus denen gegenwärtig noch kein Ausweg sichtbar ist, umso unangenehmer fühlbar. Wenn man gehofft hatte, daß die Entente mit einer ausgiebigen Anleihe unter die Arme greifen würde, so hat man sich in diesen Erwartungen nicht erfüllt gesehen, die schließlich erhoffte Anleihe ist trotz vielen schönen Worten weder von Frankreich noch von England herangegeben worden, was natürlich nicht verfehlt hat, die anfängliche Ententebegeisterung, die aktivistisch Wellen schlug, merklich abzunehmen.

Auch auf englischer Seite ist eine unverkennbare Mißstimmung eingetreten. Englische Handelskammern haben Veranlassung gehabt, sich über Scherereien, die von den lettischen Behörden bereitete werden, sowie über die erpresserische Beischlichkeit lettischer Beamten zu beklagen; die Vertreter Englands und Frankreichs hatten zudem reichliche Gelegenheit, in die absonderlichen und als chaotisch anzusehende Wirtschaftspolitik des Kabinetts Uspenski festsitzend Einblick zu nehmen. Man lebte aus dem Vollen. In aller Herren Länder wurden festsitzende diplomatische Vertretungen errichtet, man gab tauschende Festlichkeiten, man unterhielt Theater, gründete Konservefabriken und Kunstschulen und halferte einige zehntausende Bürger als Beamte an der Staatskrippe an, die mit den Erzeugnissen der Notenpresse fleißig angefüllt wurden. Der faulenzende, schlecht bezahlte Beamtentrop, der vielfach die russische Schulung hinter sich hatte, hielt sich durch Mißbräuche, Beischlichkeit und Durchzuehereien aller Art, die jeweils zu gigantischen Umsätzen gedielen, standlos; gleichzeitig fuhr der frühere Finanzminister Kurin, ein Eigenbrötler schlimmer Art, den Wirtschaftskarren Lettlands in Folge einer von feinerlei Sachkenntnis besessenen, von einer unfinnigen Maßnahme zur anderen hastenden Wirtschaftspolitik vollends in den Sumpf; der Kurs des lettischen Rubels sinkt und acht noch immer hinunter.

Dieser Zustand macht sich umso fühlbarer, als Lettland zu den Staaten gehört, die von Krieg und Revolution am schwersten betroffen worden sind. Die gesamte, einst in hoher Blüte stehende Industrie des Landes, die fast ausnahmslos in deutschen Händen gelegen hatte, wurde durch die von der russischen Regierung im Jahre 1915 verhängte Expropriation der Maschinen, Rohmaterialien, Kraftwerken und sogar der Arbeiter in das Innere Rußlands sowie Sprengung zahlreicher Fabrikgebäude ebenso völlig zugrunde gerichtet wie der einst weitverzweigte Handel und die gut entwickelte Schifffahrt des Landes.

Außerordentlich schwer wurde die lettische Landwirtschaft durch den Krieg betroffen. Es sind nicht nur viele zehntausende Gebäude durch Beschädigung und mutwillige Zerstörung vernichtet worden, sondern die ackerbautreibende Bevölkerung ist auch durch unablässige Requisitionen und Plünderungen an ihrem einzigen Wohlstand schwer geschädigt worden. Wenn Lettland nach der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage der Dinge als reiner Ackerbauzustand anzusprechen ist, so muß die auf Drängen der im Lande vorhandenen zahlreichen extrem-linken Elemente vom Volksrat beschlossene und von der Konstituante durchgeführte Agrarreform insofern als ein Mißgriff verhängnisvoller Art bezeichnet werden, als die Grundzüge dieser Reform die restlose Zwangsenteignung des gesamten, fast ausnahmslos in baltisch-adelichen Händen befindlichen Großgrundbesitzes bildet. Wenn mit dieser in der rigorosesten Weise durchgeführten Maßnahme nicht nur der von der lettischen Regierung befürchtete politische Einfluß des baltischen Adels tatsächlich mit einem Schlag vernichtet worden ist, sondern auch viele einst wohlhabende Adelsgeschlechter an den Vettelstab gebracht wurden, so bedeutet diese von Nationalitäten- und Klassenhaft eingegebene unüberlegte Maßnahme gleichzeitig auch ein wirtschaftliches Desaster, das das lettische Volk an sich vollzogen hat. Das Land ist auf Jahre hinaus nicht in der Lage, seinen Bedarf an Lebensmitteln selbst decken zu können, daher muß jährlich etwa 1 Milliarde für Lebensmittel vorausgibt werden. Was das für ein Land, das außer Fleisch und einem immerhin sehr beschränkten Quantum Exportrohstoffen verfügt, bedeutet, ist un schwer zu ermessen.

Das wirtschaftliche Chaos beginnt freilich in den letzten Monaten dank dem energischen Eingreifen des gegenwärtigen Finanzministers Ringold Kalina, eines Mannes mit absolut weicher Weste, ein wenig sich zu klären. Die ungeheure große Zahl von Beamten wird allmählich verringert und es wird an allen Ecken und Enden nach Wäldigkeit geparkt. Trotzdem dürfte es auch Herrn Kalina außerordentlich schwer fallen, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu stabilisieren. Wenn anfänglich ausländisches, insbesondere deutsches Kapital durchaus geneigt war, in die Randstaaten, vor allem auch in Lettland nutzbringende Verbindungen zu suchen, so hat es sich doch wieder halb zurückgezogen, denn weder die politischen noch auch die wirtschaftlichen Verhältnisse boten ausreichende Garantien für die Integrität der in Lettland investierten Kapitalien. Zudem ist auch die von der konstituierenden Versammlung und der lettischen Presse immer wieder dokumentierte fremdenfeindliche Stimmung, deren Spitze sich gegen alles Deutsche wendet, keineswegs abgeklungen, das Interesse für Lettland anzuregen.

Der jugendliche Schwarm und Ueberchwang der Letten hat es auch zuwege gebracht, daß die Beziehungen zu Sowjetrußland nichts weniger als gut sind. Wenn man auch diese Dauer, die gewillt sind alle Welt mit Handelsbeziehungen, die nichts anderes bedeuten als die Möglichkeit zu bolschewistischer Propaganda, zu begünstigen, unbedingt fürchten muß, so haben sich die Letten doch erheblich ins eigene Fleisch geschnitten, indem sie dem sowjetrussischen Transit so viele Schwierigkeiten in den Weg legen, daß dieser nun ausschließlich über estländische Häfen geleitet wird, was für Estland eine Einnahme von 40-50 Millionen est. Mark im Monat bedeutet. Diese Einnahme fällt umso schwerer ins Gewicht, als die Russen alle Zahlungen in Gold leisten.

Wenn die Letten geglaubt haben, durch raue Bestimmungen über den sowjetrussischen Durchgangshandel der bolschewistischen Propaganda einen Keimel vorzulegen zu können, so ist das eine der vielen Illusionen gewesen, denen die lettische Regierung sich hingibt. Diese Propaganda dringt durch tausend Kanäle über die Landgrenze, in deren hermetische Abriegelung der rollende Rubel erhebliche Brechen

schlägt. Ganz abgesehen davon gibt es im Lande eine recht erhebliche Anzahl von Bolschewisten. Einer von ihnen ist sogar, freilich unter den Flügel der Sozialdemokratischen Partei, in die Konstituante gelangt.

Sowohl in Lettland als auch in den anderen Randstaaten ist man sich, wenn vielleicht auch nicht in vollem Umfang der ungeheuren Gefahr bewußt, die aus dem Osten droht, daher ist man bemüht, sich zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammenzuschließen, um mit geeinigten Kräften einer bolschewistischen Invasion entgegenzutreten zu können. Ob es aber zu dem Zusammenschluß von Lettland, Estland und Litauen kommen wird — auf das skandinavisch orientierte Finnland ist nicht zu rechnen —, muß trotz allen Versicherungen der Presse dieser Länder bezweifelt werden. Es wäre natürlich durchaus verfehlt, im gegebenen Augenblick das politische Horoskop für dieses Land zu stellen, doch liegt es klar zutage, daß die Unsicherheit der politischen Lage und die Fahrlässigkeit der Regierungspolitik kein Gefühl der Sicherheit hervorrufen, das sich lähmend auf die wirtschaftliche Gestaltung des Landes legt. Während die Eiten von dem Bestand ihres jungen Staates unergründlich überzeugt sind, fehlt dieser Glaube bei der Masse des lettischen Volks....

Civis Rigensis.

Die Lage an den Börsen.

(Eigener Wochenbericht.)

Nachdem die Börse auch in vergangener Woche in feier Haltung eröffnet hatte, machte sich bei dem stark gestiegenen Kursniveau bereits am Mittwoch stärkere Realisationsneigung der Spekulanten geltend, der, wenn auch nicht in allzu hohem Maße in den nächsten Tagen das Publikum folgte. Tatsächlich waren die Kurse am Wochenschluss fast ohne jede Unterbrechung so hart gestiegen, daß schon aus rein markttechnischen Gründen ein Rückschlag nicht ausbleiben konnte. Dieser Rückschlag des Kursniveaus dürfte also rein markttechnisch zu erklären sein. Freilich ist die Börse selbst, wenn sie gefühlsmäßig nach allzu langen und starken Steigerungen einen gewissen Drang nach unten verspürt, um Gründe der Vergangenheit die unglücklichen deutschen Ansichten in Oberhiesien, Gerüchte über Kreditbeschränkung seitens der Großbanken und ähnliches hervorzuheben, um als Grund für eine Abschwächung herbeizuführen. Die wahren Ursachen des Rückganges liegen unferes Erachtens keineswegs auf diesem Gebiete. Die Verhältnisse in Oberhiesien sind seit Wochen bekannt und seit Wochen so unangenehm, daß eine Beeinträchtigung der Börse höchstens noch in geringem Maße von dort aus zu erwarten gewesen wäre. Die Gerüchte über angeblich bevorstehende Beschlüsse der Stempelvereinigung, die Provisionssätze für kleine Orders wesentlich zu erhöhen, haben sich bereits kurz nach ihrem Auftreten als unrichtig erwiesen. Kein technischer Grund derartiger Artungen schon deswegen kaum durchzuführen, weil eine Order von 1000 Mk. nur unter Umständen ein erhebliches größeres Objekt darstellen kann, als eine Order von 20000 Mk. nom. Es muß also festgehalten werden, daß die Börse, wie stets, so auch heute nicht um Gründe verlegen ist, wenn sie ihre Tendenz erklären will. Diese Tendenz aber ist rein markttechnisch erklärbar durch die Tatsache, daß auf sehr zahlreichen Engagements bedeutende Gewinne liegen, so daß es verhältnismäßig ist, wenn insbesondere die Kleinpekulation das Bestreben zeigt, statt der lediglich aus ihren Bankabschreibungen erwirtschafteten Gewinne einmal bare Geldebträge in Gesicht zu bekommen. Kein wirtschaftlich und politisch liegt für eine weitere Abschwächung der Tendenz kein Grund vor. Die alten Momente, insbesondere das der großen Geldflüssigkeit und der täglich bekannt werdenden Abschlässe und Transaktionen in der Industrie bestehen unverändert fort und werden alsbald wieder zur Auswirkung gelangen, wenn die notwendigen Entlastungen vorausgegangen sein werden. Einen allzugroßen Umfang dürften übrigens auch diese nicht annehmen, da weit mehr als in früheren Zeiten heute die Effekten voll bezahlt sind und der Bankkredit längst nicht mehr die alte Rolle als kurzdrückendes Moment spielen dürfte.

Selbst an den schwächeren Tagen in der vergangenen Woche aber war es bemerkenswert, daß gewisse Effekten, bei denen besondere Transaktionen vorzuliegen scheinen, eine feste Haltung bewahren konnten. Hier sei beispielsweise auf die Aktien der Deutschen Wasserwerke A.-G. verwiesen, die an dem schwachen 4. d. Wts. eine Steigerung von 31 Prozent durchgehen konnten, nachdem sie bereits am Vortage 40 Prozent höher zur Notiz gelangt waren. Die Aktien stellen einen reinen Goldwert dar, da die Gesellschaft noch mit dem unverwärferten Friedenskapital von 2 Millionen Mark arbeitet. Wenn man bedenkt, daß sie bereits im Frieden über 100 Prozent notierten, so erscheint der heutige Kurs der Geldbewertung keinesfalls angepaßt.

Besonderes Interesse dürfte sich in der nächsten Zeit wieder denjenigen Gesellschaften zuwenden, die über größere Auslandsausgaben verfügen. Besonders die Textilindustrie hat bekanntlich noch aus dem Friedenszeiten her starke Interessen in den Vereinigten Staaten, worauf die namhaften Steigerungen zahlreicher Werte zurückzuführen sind.

Der Devisenmarkt beharrte unter Schwankungen feste Tendenz, da man in Neuport weiter als Abgeber für Markguttaben auftritt. Immerhin bleibt die Haltung sehr unsicher und erst nach der Konferenz vom 8. August dürfte hier eine klare Tendenz zum Durchbruch kommen. Nach wie vor wird am Markt behauptet, daß die Stärke der Reichsbank keineswegs völlig angezogen haben sollen. Eine Veröffentlichung der Bedingungen der Kredite ist auch bis heute nicht er-

folgt, so daß die Spekulation sich bereits darauf gefaßt gemacht hat, hierauf völlig verzichten zu müssen. Hinsichtlich der Gestaltung für die nächsten Wochen wird es zweifellos auf die oberste politische Frage ankommen, wobei kaum angenommen werden kann, daß die Klärung dieses Problems auf den Markkurs besonders günstig wirken wird. Auf die Länge der Zeit aber wird der Devisenmarkt nicht durch einzelne Ereignisse, sondern nach wie vor durch die Tatsache beherrscht werden, daß keine Möglichkeit erblickt werden kann, durch welche auf Jahrzehnte hinaus die unerlöste Inflation einzudämmen ist.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Hamburg und Antwerpen in ihrem Hafenverkehr 1920 und 1921.

In den Häfen von Hamburg liefen im Juli 1921 800 Schiffe mit 887 588 Tonnen ein gegen 428 Schiffe mit 494 266 Tonnen im Juli 1920, was also eine Vermehrung um 801 Schiffe und 453 322 Tonnen bedeutet. Im gleichen Monat wies der Hafen von Antwerpen auf gegen 663 Schiffe mit 825 349 Tonnen im Juli 1920. Die Vermehrung beträgt also 27 Schiffe mit 74 088 Tonnen. Die Ziffern lassen ersehen, daß in Hamburg kleinere Schiffe als in Antwerpen einlaufen, dafür aber in größerer Zahl. Die Erzeugung des Verkehrs in dem Berichtsjahre ist so groß, daß für das kommende Jahr eine Ueberholung Antwerpens durch Hamburg zu erwarten ist.

Der sechste Markkurs und die Wiedergutmachungszahlungen.

Der Londoner „Economist“ stellt fest, daß die von der deutschen Reichsbank im offenen Markte gefaßten Auslandsdevisen jetzt 30 Prozent mehr kosten als an dem Tage, da Reichskanzler Wirth die Zahlung von einer Milliarde Goldmark an die Entente ankündigte. Die Entwertung der Mark wirkt zwar vorteilhaft auf den deutschen Ausfuhrhandel, aber nicht so sehr als frühere Rückgänge wegen der allgemeinen Verminderung in der Kaufkraft der ganzen Welt. Die jetzige Abwärtsbewegung der Mark wird daher keineswegs als ein verdeckter Segen betrachtet, wie das bei früheren Abwärtsbewegungen der Fall war.

Aufrechterhaltung der Geschäftsbeziehungen mit dem besetzten Gebiet.

Verschiedene Firmen des besetzten Gebietes haben die Wahrnehmung gemacht, daß in der reichsrheinischen Geschäftswelt, namentlich in den Provinzen Sachsen und Schlesien sowie in der Lausitz, die Ansicht verbreitet ist, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Industrie des besetzten Gebietes nicht möglich sei, Aufträge auszuführen, bzw. die Sendungen auf den Weg zu bringen.

Der Kölner Wirtschaftsansich für das besetzte Gebiet bittet, dieser irigen und für die Geschäftswelt des besetzten Gebietes ungenügend nachteiligen Ansicht entschieden entgegenzutreten, und wir kommen dieser Aufforderung gerne nach. Eben erst wurde hier an der Hand einer Kölner Veröffentlichung geklärt, wie sich die „Sanktionen“ geradezu zum Nutzen des rheinischen Wirtschaftslebens auswirken. Die Folgerung, die sich daraus für die reichsrheinischen Firmen ergibt, darf beileibe nicht die sein, die geschäftlichen Beziehungen mit dem besetzten Gebiet einzufrieren zu lassen. Wenn andere rheinische Brüder den größten Teil der Schäden auf sich nehmen müssen, die ganz Deutschland treffen sollen, so ist das Mindeste was die Geschäftswelt im freien Deutschland tun kann, die nachhaltige Stärkung und Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Rheinlande. Für Deutschland duldet das Rheinland schwere Leiden; für Deutschland erfährt es alle die harten Läden, die

Unnotierte Werte:

Wir sind freibleiben	Käufer	Verkäufer
Benz	238	242
Benz, junge	230	235
Brown Boveri, junge	210	220
Daimler junge	245	255
Fah. G. B.	440	450
Halbach Maschinen	335	345
Hansa Lloyd	145	155
Heldburg Vorzugs-Aktien	310	315
Knor, Heilbronn	370	385
Meyer Kaufmann	335	335
Mans. eider Luxe	400	350
Neckarsulmer Fahrzeug	415	425
Rastatter Waggon	4.5	420
Rhenania Chem.	530	540
Rodi & Wienberger	220	230
Ronnenberg Kali	395	405
Union Bauverein	260	270
Woll, Buckera	440	450

5% Badenwerk	114 1/2	99
6% A. E. G. Vorzugs-Aktien	113	115 1/2
5% A. E. G. Vorzugs-Aktien	111 1/2	114
6% Rhein. Elektr. Vorz.-Aktien	108	109
6% Fuchs Waggon	109	110
6% Zellstoff Waldhof	114	115
6% Brown Boveri	114	115
7% Leonhard Tietz	107	109

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets kulant Käufer und Verkäufer und erbiten Anfrage

Baer & Elend
Bankgeschäft, KARLSRUHE, Karlsruherstr. 26
Telephon 223 und 235.

